

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Auf nach Berlin!



Foto: Herzog

Bauern-Sternfahrt

Bereit zum Aufbruch: Die jAbL nimmt auf ihrer Frühjahrstagung Anlauf und diskutiert für eine neue Agrarpolitik. Die Bauern-Sternfahrt nach Berlin rückt mit vielen Terminen immer näher. Aufrufe, Aufklärung und Engagement auf den **Schwerpunktseiten 11-14**

Gentechnik

Der Chemiekonzern Bayer muss mehrere Millionen Dollar Schadensersatz zahlen, nachdem gentechnisch veränderter Reis in Lebensmitteln gefunden wurde. Unappetitlich ist auch die geplante EU-Regelung für importiertes Klonfleisch. **Seite 16 und 17**

Bewegung

Die Abl-Thüringen setzt sich für eine gerechtere Flächenvergabe und die Abl-Bayern für eine neue Agrarpolitik ein. Mit Pferdemist demonstrieren junge Menschen gegen die Freisetzung gentechnisch veränderter Zuckerrüben. Viel Bewegung auf den **Seiten 8 und 9**

Die Seite 3

Landwirtschaft unter Besatzung 3

Agrarpolitik

Spekulation unmöglich machen..... 4

EU-Kommissar Ciolos in Mecklenburg-Vorpommern 5

Proteste mit Kuhglocken und Bienenstöcken 6

Grüne Aussichten für eine Reform der Agrarpolitik 6

Milch

Agrarpolitischer Dialog mit Bürgern 7

Ringeln um eine marktgerechte Milcherzeugung 7

Bewegung

KWS unter Belagerung 8

Positionspapier der Abl-Bayern..... 9

Massentierhaltung

Landkreise gegen Agrarfabriken 10

Schwerpunkt

Auf dem Weg für eine bäuerliche Zukunft..... 11

Bauern-Sternfahrt zum Kanzleramt 12-13

Guerilla Gardening 14

Nachbau

Freies Saatgut für alle..... 15

Gentechnik / Patente

Bayer: Schadensersatzsumme wächst 16

Klonnachkommen schon auf dem Markt..... 17

Hofportrait

Lang lebe die Kuh 20

Weitere Themen

Meine Landwirtschaft und Leserbrief, Seite 19; Lesen, Seite 21, Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Die nächste EU-Agrarreform steht 2013 vor der Tür. Das Ringeln um die jährlich 50 Milliarden Euro Steuergelder aus Brüssel geht in die entscheidende Phase. Jetzt geht es darum, für einen Systemwechsel hin zur Ernährungssouveränität durch bäuerliche, nachhaltig wirtschaftende Betriebe zu streiten

Diesen Wandel schaffen wir nur, wenn wir die öffentliche Debatte weiter vorantreiben. Die „Wir haben es satt“-Demo am 22. Januar hat den Auftakt gemacht. Daran schließt sich die Aktion „Meine Landwirtschaft – unsere Wahl“ an. Die Menschen haben ihr klares Votum abgegeben. Die Abstimmung darüber, wie die persönlichen 100 € Steuergelder ausgeben werden wollen, ist entschieden. Die allergrößte Mehrheit möchte ihr Geld in ökologische Landwirtschaft, Tierschutz und bäuerliche Betriebe investieren. Agro-Gentechnik und Massentierhaltung sind abgewählt. Die Menschen im Land haben

verstanden! Nur bäuerliche Landwirtschaft wird in Zukunft die Menschheit nachhaltig ernähren können. Die Zeit ist reif, aus der Risikotechnologie „Industrielle Landwirtschaft“ auszusteigen. Dazu reicht uns EU-Kommissar Ciolos mit dem Vorschlag des „Greening der ersten Säule“ die Hand. Doch die Politik der Bundes-



Kommentar

Widerstand ins Rollen bringen!

regierung mit ihrer entscheidenden Stimme im Europäischen Rat folgt weiter den Ratschlägen des Bauernverbands, der Interessenvertretung der Großbetriebe und der Agrarindustrie. Gebetsmühlenartig fordert sie ein „Weiter so wie bisher“.

Die Proteste der letzten Monate zeigen aber ganz klar, dafür fehlt ihr die gesellschaftliche Legitimation. Die Menschen haben begriffen: Es kann nicht sein, dass die Gelder von Allen Wenigen die Taschen füllen, ohne gleichzeitig das Gemeinwohl zu steigern. Während gleichzeitig bäuerliche Betriebe, die große gesellschaftliche Leistungen wie den Erhalt der Artenvielfalt, den Erhalt von ländlichen Strukturen und die Schaffung von Arbeitsplätzen erfüllen, leer ausgehen und oftmals ihre Höfe aufgeben müssen. Steuergelder dürfen nicht nur nach ökonomischen Gesichtspunkten steuern! Sie müssen die Weichen für eine tieregerechte und klimaschonende Landwirtschaft stellen. Sie müssen faire Rahmenbedingung für alle Bauern schaffen. Diese Ungleichbehandlung muss ein Ende finden.

Den meisten Bäuerinnen und Bauern ist klar, dass die EU-Gelder nur noch gesichert sind, wenn es dafür eine gesellschaftliche Akzeptanz gibt. Es gelingt nicht mehr, einen Keil in unsere Bewegung für eine Neue Agrarpolitik zu schlagen.

Doch das reicht leider nicht! Denn dieses Mal müssen wir in Brüssel gewinnen. Deswegen nimmt aus allen Regionen Deutschlands mit der „Wir haben es satt!“ Bauern-Sternfahrt der Protest weiter Fahrt auf. Dazu machen wir uns ab dem 28. Mai zusammen mit dem BDM Niedersachsen auf, um vor das Kanzleramt zu ziehen. Auf mindestens vier Routen kommen wir nach Berlin, um uns dort beim „Bauern-Frühstück mit Angie“ am 9. Juni dafür einzusetzen, dass Gentechnik und Massentierhaltung unsere bäuerliche Zukunft nicht mehr verbauen. Landwirtschaftspolitik der Zukunft wird nicht mehr daran gemessen werden, wie viele Höfe im Rahmen des Strukturwandels aufgegeben werden, sondern daran, wie viele Menschen wieder in die Landwirtschaft einsteigen. Sie wird daran gemessen, ob wir unser Eiweißfutter wieder selber erzeugen können und nicht dafür die Regenwälder Südamerikas abholzen müssen. Und daran ob wir es schaffen, lebenswerte Strukturen in ländlichen Regionen zu erhalten und wieder auszubauen. Dazu muss Schluss sein mit immer größeren Schlachthöfen und Mastanlagen, die ökologisch, tierschutzrechtlich sowie sozial nicht zu vertreten sind.

Die Landwirtschaft der Zukunft wird daran gemessen, ob sie ressourcenschonend die Menschen mit gesunden und regionalen Lebensmitteln versorgt. Das System der „globalisierten industriellen Landwirtschaft“ birgt zu große Gefahren und verursacht Hunger weltweit. Das muss aufhören!

Liebe AbLer, wir hoffen auf Eure Unterstützung. Kommt zu den Stationen der Bauern-Sternfahrt und kommt am 9. Juni vors Kanzleramt.

Lea Unterholzner und Jochen Fritz
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Landwirtschaft unter Besatzung

Palästinensische Bauern sind vielfältigen Repressionen der Besatzer ausgesetzt und werden zum Spielball zwischen den Konfliktparteien

Während die Zeit der Frühjahresbestellung in Deutschland immer näher rückt, ist sie in Palästina schon voll im Gange und mit ihr alle Gefahren und Hindernisse, denen palästinensische Landwirte bei ihrer Arbeit begegnen.

Ich bin Auszubildende in der Landwirtschaft und mache parallel dazu die freie Ausbildung der biologisch-dynamischen Landwirtschaft von Demeter. Seit neun Jahren fahre ich regelmäßig in die besetzten palästinensischen Gebiete und arbeite hier ehrenamtlich mit der Bewegung des gewaltfreien Widerstands der palästinensischen Bevölkerung gegen die Besatzung und ihre fatalen Auswirkungen für Menschen, Land, Umwelt und auch Tiere.

Unsere Arbeit hier umfasst annähernd alle Bereiche des täglichen Lebens, denn die Besatzung dringt in alles ein, was das Leben ausmacht. Bei Militärinvasionen begleiten wir Ambulanzen und versuchen zu verhindern, dass sie angegriffen werden. Wir leben mit Familien, deren Häuser von Zerstörung durch die Besatzungsmacht bedroht sind. Wir verweilen in Dörfern, in denen die Menschen Angriffen durch rechtsradikale Siedlern oder die Armee ausgesetzt sind. Wir begleiten Kinder in die Schule auf Wegen, bei denen sie sonst Gewalt und Erniedrigungen alleine ausgesetzt sind. Wir versuchen, die Ausgangssperren da zu brechen, wo es die palästinensische Bevölkerung alleine nicht vermag – im Gegensatz zu uns genießt sie nicht das Privileg gewisser Grundrechte und muss im schlimmsten Fall mit dem Tod rechnen, wenn sie sich mit den Methoden des zivilen Ungehorsams widersetzt.

Besetztes Land

Israel besetzt die palästinensischen Gebiete und somit alles, was das Leben derer, die unter der am längsten andauernden Besatzung der Welt überleben, ausmacht. Ich habe überlegt, wie ich die Besatzung beschreiben kann, wie sie in jeden Moment des Alltags eindringt, wie sie das Tun, das Denken und das Fühlen in den Gebieten durchwebt und erstickt. Im Verlauf von Jahrzehnten hat sich die Besatzung zu einem System immer größerer Komplexität entwickelt, zu einer alles durchdringenden „Matrix der Kontrolle“, wie es der israelische Anthropologe und Aktivist Jeff Halper formuliert. Hier möchte ich als werdende Landwirtin explizit auf die Situation der Landwirtschaft unter Besatzung eingehen. Palästinensische Bauern sind durch die israelische Besatzung existenziell

bedroht. Ihr Land wird für den Ausbau der nach internationalem Recht illegalen Siedlungen enteignet oder der Zugang durch Mauern, Checkpoints und „Pufferzonen“ unmöglich gemacht.

Bulldozer und Militär

Ich möchte von dem Dorf Khirbet Tana berichten, welches durch das israelische Militär am 2. März diesen Jahres komplett zerstört wurde. Als wir, internationale AktivistInnen, davon hörten, waren die Bulldozer bereits abgerückt. Zurück blieben mehr als 250 obdachlose Menschen, meist Hirten, mit ihren herumirrenden Schaf- und Ziegenherden und den Resten zerstörter Wassertanks und armseliger Hütten. Khirbet Tana befindet sich im Jordantal, das sich über 2.400 km² erstreckt und die gesamte Nord-Süd-Ausdehnung des Westjordanlands an der Grenze zu Jor-



Trockenheit und einfache Technik und Siedlerangriffe

Foto: Bar-Tal

danien einnimmt. Mit seinem warmen Klima, den beträchtlichen Grundwasserreserven und der reichhaltigen Erde ist es eines der wichtigsten landwirtschaftlichen Gebiete Palästinas. Die Jahrhunderte alten Traditionen kleinbäuerlicher Methoden spielen hier bis heute eine wichtige Rolle.

Das fruchtbare Tal

Im Jordantal sind die meisten palästinensischen Schäfer und Bauern beheimatet, der höchste Prozentsatz des landwirtschaftlichen Tierbestands lebt von und im Jordantal. Ohne die israelische Besatzung wäre man in der Lage, im Jordantal einen großen Teil der Nahrung für die gesamte palästinensische Bevölkerung zu produzieren. Hier werden 60 Prozent des Gemüses, 40 Prozent der Zitrusfrüchte und 100 Prozent der in Palästina konsumierten Datteln und Bananen produziert.

Dieser landwirtschaftliche Erfolg liegt darin begründet, dass das Tal dank seiner einmaligen Lage unterhalb des Meeresspiegels die Bedingungen eines großen Gewächshauses bietet, in dem Getreide und Früchte auch im Winter reifen.

Jedoch verhindert Israel den Ausbau und Erhalt dieser Möglichkeiten, die implementierte Politik, die jegliche landwirtschaftliche Aktivität zerstört, führt dazu, dass eine immer größere Zahl von PalästinenserInnen in den Landwirtschaften der israelischen Siedlungen arbeiten. Die PalästinenserInnen werden dadurch zu Billiglohnarbeitern der Siedler, ohne dafür soziale, medizinische oder gewerkschaftliche Rechte zu erhalten. Vermarktet werden die Produkte der Siedlungen über verschiedene Firmen und Konzerne. Agrexco ist der größte dieser israelischen Vermarkter. Agrexco kontrolliert 70 Prozent aller israelischen Frische-Exporte

sina. Die UAWC ist eine Organisation, die palästinensischen Landwirten hilft, Projekte wie die Rekultivierung von Land, das Erlernen von Vermarktungsmöglichkeiten, die Umstellung auf Bioprodukte und ihre Lizenzierung umzusetzen, die sich aber auch aktiv an der politischen Bildung der Bevölkerung im Kampf gegen GMO in der palästinensischen Landwirtschaft beteiligt. Stolz berichtet mir ein Mitarbeiter, wie sie den schlechten Standard des palästinensischen Olivenöls auf dem internationalen Markt in ihrem Anbauverband so weit verbessert hätten, dass sie nun fünf Jahre in Folge den 1. Preis des „Golden Oil“ Wettbewerbs für dieses ehemals so minderwertige Produkt erzielen konnten. Nun hätten sie ein Fairtrade-Produkt, mit dem sie sich auf dem internationalen Markt zeigen könnten. Mit einem ihrer Tierärzte besuchte ich die Gegend um Tamun im Jordantal, erfuhr mehr über die erfolgreiche Einkreuzung des Ostfriesischen Milchschaafs mit der lokalen Rasse, den „Awassi“. Der Rat mancher ausländischer Hilfsorganisationen, die lokale Kuhrasse gänzlich durch die Holsteiner Kuh zu ersetzen, ist dagegen wohl eher nicht so nützlich. Die kleinen heimischen Kühe bringen zwar weniger Milch, sind aber um einiges robuster, und das knappere Futterangebot wird ihnen eher gerecht. Zur Gemeinde von Tamun gehören um die 22.000 ha, jedoch hat auch hier die Besatzung 60 Prozent des Landes genommen. Das Ende des zugänglichen Landes ist mit einem kilometerlangen Graben und Erdwall gekennzeichnet: „Wer darüber geht wird erschossen.“ Diesen Satz habe ich so oft gehört. Dahinter erstrecken sich weiter die Felder Tamuns, riesige Gewächshäuser und die dazugehörige nächste israelische Siedlung. Überall wurde ich erstaunt nach unseren guten Ausbildungsmöglichkeiten gefragt. Zwar gibt es in Palästina auch die Möglichkeit, Agrarwissenschaften zu studieren, allerdings bleibt der Besuch einer Hochschule für die meisten der Bauernfamilien ein unerreichbarer Traum. Eine gut fundierte Lehre, wie in Deutschland, gibt es nicht, obwohl das Bedürfnis groß ist: „Könnt ihr nicht mit uns solch eine Ausbildung für junge Bauern und BäuerInnen aufbauen?“

Julia Bar-Tal

Quellen für Zahlen und Statistiken:
Maan Development Center
Kontakt und Information:
farmingsolidarity@yahoo.de

Bauern organisieren sich

Wie die ABL ist auch die „Union of Agricultural Work Committees“ (Vereinigung der Palästinensischen Landwirtschaftlichen Komitees) Mitglied bei Via Campe-

Agrarminister-Kandidaten

Nach dem Erfolg der Grünen Ende März bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg laufen die Koalitionsverhandlungen mit der SPD. Winfried Kretschmann wird der erste grüne Ministerpräsident. Im Gespräch für das Amt des Landwirtschaftsministers ist der Grüne Bundestagsabgeordnete Alexander Bonde. Der 36-jährige Jurist und Verwaltungswirt ist haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion und stellvertretendes Mitglied im Ernährungsausschuss. Als Berichterstatter hat sich Bonde im Bundestag kompetent zu agrarpolitischen Fragen geäußert. Auch in Rheinland-Pfalz führen Rot-Grün Koalitionsgespräche, nachdem die Grünen mit knapp 15 Prozent wieder ins Parlament eingezogen sind. Der bisherige Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hendrik Hering ist inzwischen neuer Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und wird damit für das Amt nicht mehr zur Verfügung stehen. Als neue Landwirtschaftsministerin wird die langjährige Bundestagsabgeordnete, Ulrike Höfken, gehandelt. Die Agraringenieurin ist grüne Sprecherin für Ernährungspolitik und Agrotechnik. Die Grünen dürften sich für ein vom Wirtschaftsressort eigenständiges Landwirtschaftsministerium einsetzen, das möglicherweise Agrar- und Umweltpolitik vereint. In Sachsen-Anhalt werden CDU und SPD ihre Koalition fortführen. Aller Voraussicht nach wird der bisherige Landwirtschaftsminister Hermann Onko Aeikens im Amt bleiben. *ch*

Kein Milchgeld

Milchbauern sollen für ihre gelieferte Milch kein Geld bekommen. Die Meierei Trittau will das Milchgeld vom März 2011 von den Bauern, die aus der inzwischen geschlossenen Molkerei ausgetreten sind, als Strafzahlung einbehalten. „Dabei geht es um 250 000 bis 300 000 Euro. Die Milch ist geliefert worden, wird aber nicht mehr bezahlt,“ sagte Heinz Elfenkämper-Raymann, Geschäftsführer der Bio-Marke „Hamfelder Hof“ in den *Lübecker Nachrichten*. Die Biomilchbauern lieferten über viele Jahre an die Genossenschaft in Trittau, wo die „Hamfelder Hof“ Milch abgefüllt wurde und die nach dem Zusammenschluss des dänischen Molkereikonzerns Arla Food mit der Hansa-Milch geschlossen wurde. Die Milch der rund 120 Lieferanten sollte nach der endgültigen Schließung im März bei der Hansa-Milch in Uphal weiter verarbeitet werden. Damit sollte auch der Name der Milch „Hamfelder Hof“ verschwinden. Einige Bauern, die jedoch weiterhin an ihrer weiterhin bekannten Milchverpackung festhalten wollen, haben daraufhin bei der Meierei Trittau gekündigt und wollen eine eigene Genossenschaftsmolkerei gründen. Bis es soweit ist, liefern die Milchbauern an die Meierei in Witzwort. Die Genossenschaft Trittau sieht sich zu dem Einbehalten des Milchgelds verpflichtet. „Unsere Satzung verpflichtet uns dazu, das sind wir den anderen Mitgliedern schuldig“, sagte Jürgen Ruge, Vorstandsvorsitzender der Meierei Trittau, in den *Lübecker Nachrichten*. Die betroffenen Bauern wollen einzelne Klage gegen das Vorgehen der Genossenschaft einreichen. *mh*

Ferkelpreise bei Neuland

Der massive Anstieg der Futterpreise im vergangenen Jahr hat dazu geführt, dass auch bei Neuland-Betrieben die Futterkosten massiv gestiegen sind. Im Schnitt dürften die Kosten um ca. 30 Euro pro Schwein gestiegen sein. Der Grundgedanke der Neulandidee, unter fairen, tiergerechten, nachhaltigen Bedingungen durch alle Veredelungsschritte zu produzieren, gerät dadurch unter Druck. Für Helmut Peters, Ferkelproduzent aus Mecklenburg-Vorpommern, jedenfalls ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. Im vergangenen Jahr hat er einen fünfstelligen Verlust zu verbuchen gehabt. „Und das obwohl wir in neue Ställe und bessere Haltungsbedingungen investiert haben“ so Peters. Nach seiner Kalkulation bräuchte er ca. 30 Euro mehr für seine 25 kg schweren Ferkel. Der Geschäftsführer der Neuland Vertrieb Nord GmbH, Thomas Strauß, will zu dem Sachverhalt keine Stellung beziehen. Hugo Gödde, Geschäftsführer von Neuland Vertrieb West, gibt zu bedenken, dass hohe Futterpreise vor allem Betriebe, die auf Zukauf angewiesen sind, belasten. Wer wie Neulandbetriebe seine Ferkel und Schweine mit dem eigenen Getreide füttert, hat vorerst nur ein kalkulatorisches Defizit, weil gemeinhin auch für das eigene Futter die aktuellen Marktpreise angenommen werden. Eine feste Vermarktungsstruktur, wie bei Neuland, bietet den Produzenten bei zunehmenden Preisschwankungen an den Rohstoffmärkten aber ein Mehr an Sicherheit, da extreme Preisausschläge, positive und negative, abgefangen werden. Trotzdem sieht er besonderen Handlungsbedarf. Die Grundidee sei immer gewesen, die Lasten zwischen Ferkelproduzenten, Mästern und Fleischern gerecht zu teilen, so Gödde. *mn*

Kurzes am Rande

Spekulation unmöglich machen

BMELV will Preisschwankungen bei Agrarrohstoffen mildern

Immer wenn die Preise für landwirtschaftliche Produkte stark ausschlagen, wird in der Politik der Ruf nach Regulierung laut. Auf EU-Ebene wird seit dem Preishoch um 2008 herum an verschiedenen Rädchen gedreht, um die Finanzmärkte, inklusive die für Agrarrohstoffe, zu regulieren. International wird in verschiedenen Gremien ebenfalls über die Verhinderung extremer Preisschwankungen beraten. Eigens für diese Prozesse hat das Bundeslandwirtschaftsministerium am 16. März einen Entwurf in Umlauf gebracht, der heißt: „Preisvolatilität und Spekulation auf den Märkten für Agrarrohstoffe“. Der Entwurf wird derzeit von der Zivilgesellschaft kommentiert und anschließend innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.

Risikoabsicherung ohne Spekulation

Darin wird darauf hingewiesen, dass „die Finanzmärkte für den Agrarbereich“ in den letzten Jahren „deutlich an Bedeutung gewonnen“ haben. „Den Märkten für Agrar derivative kommt angesichts zunehmender Preisvolatilität“, so steht es im Papier, „eine

Die zunehmende Liberalisierung der Agrarmärkte wird als ein Übel genannt, da dadurch „die Bedeutung der Finanzmärkte für die Agrarwirtschaft (...) weiter zunehmen“ werde. Dennoch ist den vorläufigen Forderungen des Ministeriums zu entnehmen, dass die Liberalisierung des Welthandels „längerfristig zu einer Verringerung der Preisvolatilität auf den Märkten für Agrarrohstoffe“ beitragen soll. Des Weiteren fordert das Ministerium in dem Entwurf vor allem Transparenz und international verbindliche und einheitliche Rahmenbedingungen.

Direkten Verbraucherkontakt suchen

„Die Börsen wirksam regulieren zu wollen, wird schwierig werden“, sagt AbL-Vorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. „Der sicherste Weg für Bäuerinnen und Bauern weltweit, sich vor diesen Preisschwankungen zu schützen, ist für den eigenen Bedarf und für den regionalen Markt zu erzeugen. Auf die direkte Verbindung von Erzeugern und Verbrauchern in einer regionalen Subsistenzwirtschaft zu spekulieren“, so Graefe zu Baringdorf wei-



Keine Spekulation mit Agrarrohstoffen!

Foto: Greitsch/Pixelio

wichtige Funktion zur Risikoabsicherung zu.“ Das müsse erhalten und gestärkt werden. Gleichzeitig wird im Papier vorsichtig bemerkt, dass eben diese Finanzmärkte auch Einfluss auf die Preisbildung und somit auch auf die Preisschwankungen haben. Das klingt dann so: Neben Klimawandel, der Wechselwirkung mit den Energiemärkten „und des steigenden Interesses von außerlandwirtschaftlichen Investoren an den Agrarmärkten ist eine Zunahme der Preisvolatilität jedoch nicht auszuschließen“.

ter, „ist für die Broker an den Börsen so gut wie unmöglich. Je mehr die Erzeuger in die agrarindustrielle Rohstoffproduktion gedrängt werden, je anonymer und globaler die Märkte, umso größer wird die Chance für Spekulanten und desto höher die Gefahr der Preisschwankungen.“ Das vorläufige Papier des Landwirtschaftsministeriums lässt noch ernsthafte Anstrengungen vermissen, die Erzeuger vor Spekulationen und deren Folgen zu schützen.

Berit Thomsen

EU-Kommissar Ciolos in Mecklenburg-Vorpommern

Wie Minister Backhaus und der Bauernverband versuchen, dem Kommissar die Obergrenze auszutreiben

Jetzt also Dacian Ciolos, der Agrarkommissar der Europäischen Union. „Ihre Vorgänger waren auch hier, sogar mehrfach“, wird der oberste Brüsseler Agrarpolitiker vom Landesminister Dr. Till Backhaus begrüßt. Wie jedes Mal, wenn in Brüssel intensiv an einer Reform der Agrarpolitik gearbeitet wird, hat Backhaus auch diesmal alles darangesetzt, den zuständigen EU-Agrarkommissar in sein Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu holen. Auch die vorigen Kommissare Franz Fischler und Marian Fischer Boel waren hier, immer empfangen vom Minister und dem Landesbauernverband gemeinsam. Nun also Ciolos. Der erste angekündigte Termin klappte nicht, da musste Ciolos kurzfristig absagen. Aber jetzt ist er da. Gleich zu Beginn der zweistündigen Podiums-Veranstaltung äußert Backhaus seine Erwartung: „Ich hoffe, dass Sie Ihre Eindrücke von hier in Ihren Vorschlägen zur Reform der EU-Agrarpolitik berücksichtigen werden“, sagt der Minister von der SPD mit der ihm eigenen Bestimmtheit in der Stimme.

Wir sind in einem kleinen Ort inmitten der Mecklenburger Weiten, im Feuerwehr- und Dorfgemeinschaftshaus von Rogeez. Wie in allen Dörfern, durch die wir von der Autobahnabfahrt hierher gefahren sind, ist auch hier kein Laden, keine Bäckerei, keine Kneipe zu sehen, immerhin eine Volksbankfiliale. Die Ortschaften erinnern etwas an reine Einfamilien-Wohnsiedlungen, nur viel kleiner und umgeben von Land, viel Land: große Flächen Acker- und Grünland, ab und zu auch ein paar kleine Felder. Mecklenburg-Vorpommern ist das Bundesland mit der größten Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe: 250 ha, fünf mal so groß wie der bundesweite Schnitt.

Wieder diese Obergrenze

Genau mit diesen Betriebsstrukturen, die dieses Land so prägen, soll der Agrarkommissar hier konfrontiert werden. Denn wie schon seine Vorgänger, hat auch dieser Brüsseler Kommissar die Reform-Debatte unter anderem mit dem Vorschlag begonnen, die Direktzahlungen in der Höhe nicht länger unbegrenzt zu zahlen. Er denkt an eine Kappungs- oder Obergrenze pro Betrieb und Jahr. Bei Betrieben mit vielen Arbeitskräften könnte dabei aber die „entlohnte Arbeit“ berücksichtigt werden, hatte er in seine Mitteilung vom November letzten Jahres geschrieben.

„Eine Kappungsgrenze lehnen wir ausdrücklich ab, auch Degression und Mo-

dulation“, stellt Minister Backhaus für sich und seine Landesregierung unmissverständlich fest. An der ostdeutschen Landwirtschaft klebe bei vielen Menschen zwar das falsche Klischee einer industriellen Landwirtschaft. Es werde geschrieben, dass es ungerecht sei, dass 80 Prozent der Gelder an 20 Prozent der Betriebe gehe. Das alles gehe aber an der Realität vorbei: „Für uns sind das Mehrfamilienbetriebe“, so Backhaus. Die Strukturen seien hier immer schon größer gewesen, schon 1900. Die Betriebe leisteten einen immensen Anteil für die Ökologie, für die Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt in den ländlichen Gebieten. „Manchmal sind sie Vorteil, manchmal politisch ein Fluch zugleich“, fasst der Minister etwas seltsam zusammen. Umso klarer wird die Botschaft an den Gast aus Brüssel: „Lassen Sie keine Wettbewerbsverzerrungen zu. Für uns ist jeder Hektar gleich viel wert. Benachteiligen Sie unsere Strukturen nicht!“.

Gesellschaft im Blick

EU-Agrarkommissar Ciolos zeichnet zunächst die zentralen Linien seiner Reform. Eine davon lautet: „Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU hat die Aufgabe, die Vielfalt der Betriebe – vom Berghof bis zum Großbetrieb – zu erhalten und zu berücksichtigen. Wir müssen die Politik anpassen, damit diese Vielfalt besser berücksichtigt wird. Noch haben wir die Chance dazu.“ Die zweite wesentliche Linie lautet: „Wir müssen in der Lage sein zu erklären, wofür wir das Geld verwenden.“ Ein anderes Mal formuliert er diese Aussage noch deutlicher: „Wir müssen die Bevölkerung aktiv einbinden, sonst kommt es zu einem Bruch zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft. Die Menschen würden uns fragen, warum sie noch Geld für die Agrarpolitik ausgeben sollen.“ Der Vorschlag der Deckelung der Zahlungen pro Betrieb komme nicht von ihm persönlich, sondern sei eine Forderung, die im Zuge der öffentlichen Internet-Konsultation immer wieder vorgebracht worden sei, so Ciolos. Es sei ein Unterschied, ob ein Großbetrieb mit vier oder mit 20 Arbeitskräften wirtschaftete. Davon lässt sich der Präsident des Landesbauernverbands,

Rainer Tietböhl, nicht überzeugen. „Wenn Sie eine Kappungsgrenze einführen, dann behindern Sie die Entwicklungsmöglichkeiten für unsere unternehmerischen Betriebe“, hält er dem Gast vor.

Betriebe in Gefahr?

Das weist Ciolos zurück: „Ich habe nichts gegen größere Betriebe und dass

der Direktzahlungen an zusätzliche Umweltauflagen gebunden werden, dann beziehe sich die Obergrenze bei diesem Betrieb auf rund 315.000 Euro. Wenn dann noch die Arbeitskräfte berücksichtigt werden können, werde der Betrieb von der Obergrenze kaum noch betroffen sein. „Die Obergrenze würde bei Betrieben mit mehr Fläche und weniger Arbeitskräften greifen“, so Ciolos.



Bei seinem Besuch stellt sich EU-Agrarkommissar Ciolos aufmerksam den Fragen.

Foto: Jasper

sie weiter unterstützt werden. Aber es ist übertrieben zu sagen, die Deckelung würde die Betriebsentwicklung behindern.“ Denn erstens betreffe die Obergrenze nur den Teil der Direktzahlungen der ersten Säule, der im Zuge des „Greening“ nicht an weitere Umweltauflagen gebunden werde. Zweitens könnten die Betriebe auch weiterhin Investitionsförderungen und andere Maßnahmen in Anspruch nehmen. Und schließlich spiele für die Entwicklung der Betriebe der Markt eine ebenso große Rolle wie die Direktzahlungen. Deshalb schlage er auch eine Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeuger innerhalb der Lebensmittelkette, d.h. am Markt vor.

Beispielbetrieb

Es geht hin und her, immer mit Hilfe eines Simultan-Dolmetschers, der mächtig ins Schwitzen kommt. Die Diskussion wird konkreter. Schließlich wird das Vorhaben des Kommissars, eine Obergrenze einzuführen, an einem Beispielbetrieb in der Nachbarschaft durchexerziert: 1.500 ha, Milchvieh und Schweinezucht, 21 Mitarbeiter, ca. 450.000 Euro Direktzahlungen. Ciolos rechnet vor: Wenn man davon ausgehe, dass vielleicht 30 Prozent

Sogar hier, in so einer Art Höhle des Löwen, macht der Kommissar keinerlei Andeutungen, dass er auch nur erwäge, auf den Vorschlag einer Obergrenze mit Arbeitskraft-Berücksichtigung zu verzichten. Backhaus schmeckt das nicht: „Dann kann man auch eine Kappung bei 20.000 Euro für Westbetriebe einführen. Da kommen Sie keinen Deut weiter.“ Backhaus wäre nicht Backhaus, wenn er sich geschlagen geben würde. Er kündigt dem Agrarkommissar hier in Rogeez schon mal an, dass er gemeinsam mit Ministerkollegen aus den anderen Neuen Bundesländern zwischen Juni und September nach Brüssel reisen werde, „um uns mit Ihnen über Ihre Verordnungs-Entwürfe austauschen zu können“. Draußen, vor dem Eingang zum Saal, stehen immer noch Bauern und Bäuerinnen der AbL und des Verbandes der Nebenerwerbslandwirte mit einigen Treckern und vielen Transparenten. Sie fordern den Kommissar auf, bei seinen Vorschlägen zu bleiben und sie wirksam zu konkretisieren. Der Kommissar nimmt sich die Zeit und drückt ihnen die Hand. Dann reist er ab. Für Oktober oder November hat er seine Gesetzesvorschläge angekündigt. uj

Proteste mit Kuhglocken und Bienenstöcken

Die Agrarminister werden bei ihrer Konferenz in Jena von 300 Bauern, Imkern und Verbrauchern erwartet

Über unser Schlafdefizit denken wir nicht nach“, sagt Milchbäuerin Annelie Wehling aus dem südlichen Schleswig-

Holstein. Sie ist mit vielen anderen Kollegen am 31. Mai um drei Uhr morgens mit dem Sammelbus nach Jena losgefahren.

Jetzt steht sie mit rund 300 Bäuerinnen und Bauern vor allem des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM) und auch der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), mit Imkern, Naturschützern und Bürgern vor dem Hotel Steigenberger Esplanade, um für eine bessere Agrarpolitik zu protestieren. Der Anlass ist die turnusgemäße Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern. Traktoren, unzählige Banner, Kuhglocken und Bienenstöcke geben der Demo eine bunte Fassade. Agrarministerin Ilse Aigner winkt bei ihrer Ankunft kurz in die Richtung, wo auch Annelie Wehling steht. Bei

der Kundgebung sagt Michael Grolm von der AbL in Thüringen: „Thüringen hat eine neue AbL und setzt sich für eine andere Agrarpolitik ein.“ Der Präsident des EMB und Vorsitzender des BDM, Romuald Schaber, forderte die deutschen Minister dazu auf, sich für deutliche Verbesserungen an den Brüsseler Vorschlägen für das EU-Milchpaket einzusetzen. Deutschland stehe hier bisher zu sehr auf der Bremse. AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen verweist auf die neue Kampagne „Meine Landwirtschaft“: „Mit der gemeinsamen Kampagne suchen wir gezielt das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern.“ Und Milchbäuerin Wehling ist sich sicher: „Die ganze Woche arbeitet man darauf hin, sich einen Tag im Milchstall freizuschaukeln. Aber wir werden gestärkt von dieser Demo zurückfahren.“

Berit Thomsen



Die Agrarministerkonferenz wurde von über 300 Demonstranten begleitet.

Foto: Thomsen

Grüne Aussichten für eine Reform der Agrarpolitik

Vorsichtiger Kurswechsel auf der Agrarministerkonferenz in Jena

Griff in die Kasse

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt wegen Untreue gegen mehr als 30 ehemalige Aufsichtsräte des Nordzucker-Konzerns, die jahrelang zu viele Sitzungsgelder kassiert haben sollen. In der Tat haben in den letzten zehn Jahren 45 ehemalige und amtierende Aufsichtsratsmitglieder Gelder für Sitzungen kassiert, die gar keine waren. Bis 2009 waren das 150 Euro pro Sitzung. Das brachte dem Nordzucker-Aufsichtsratschef Harald Isermeyer bspw. neben seinen 26.000 Euro Festvergütung und seinen 1.796 Euro dividendenabhängiger Vergütung zusätzlich 19.050 Euro. Mittlerweile haben die Beschuldigten die zuviel gezahlten Gelder zurückgezahlt. pm

Deutsche Landwirtschaftsminister wollen jetzt doch ins Grüne. Zumindest bekräftigten die Agrarminister auf ihrer Frühjahrstagung in Jena teilweise den Begrünungskurs von EU-Kommissar Dacian Ciolos, die Direktzahlungen für Betriebe an ökologische und soziale Kriterien zu binden. Die EU-Kommission hat schon Ende letzten Jahres für die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik 2013 (GAP) ein „Greening“ oder „Begrünung“ vorgeschlagen. Ciolos schlägt unter anderem vor, Betrieben nur dann die volle Höhe der ihnen zustehenden Direktzahlungen zu zahlen, wenn sie auf ihren Höfen konkrete Umweltmaßnahmen umsetzen. Dass die deutschen Agrarminister zumindest ansatzweise das Greening der Kommission unterstützen ist neu. Noch im Frühjahr letzten Jahres waren sich die Agrarminister einig, dass sich das europäische Landwirtschaftsmodell bisher bewährt habe und Änderungen nicht notwendig seien. So heißt es in der Protokollerklärung der Agrarministerkonferenz vom April 2010, es muss „der eingeschlagene Weg (...) zur Stärkung der Marktorientierung der GAP und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe sowie der nachhaltigen Produktion fortgesetzt werden.“ Einige Monate später, im Oktober 2010 kündigt Ciolos an, Leitlinien für die anstehende Reform der GAP vorzulegen. Zumindest das Land Nord-

hein-Westfalen ermutigt daraufhin in der Herbstkonferenz der Agrarminister den EU-Agrarkommissar, sich für die Ziele der Nachhaltigkeit, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Förderung des ländlichen Raums einzusetzen. Zudem betonte NRW, dass Direktzahlungen „verbindlich an soziale Leistungen der Landwirtschaft und Leistungen im Bereich des Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzes gekoppelt werden sollen“, so das Protokoll der Tagung.

Inzwischen unterstützen neben NRW vier weitere Bundesländer den Kurs Ciolos – wenn auch in zögerlichen Formulierungen. So sind sich die Länder Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland darin einig, dass bei den Direktzahlungen „den unterschiedlichen Betriebsstrukturen und Betriebsformen in geeigneter Weise Rechnung getragen werden sollte“, so die Protokollerklärung der Agrarministertagung in Jena vom April.

Milch

Auch in Sachen Milch hat sich etwas getan. Alle Agrarminister äußerten Vorbehalte zu den vorgeschlagenen EU-Obergrenzen für die Bündelung in Erzeugergemeinschaften. Für Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind die Obergrenzen für die Größe einer Erzeugerorganisation von 3,5 Prozent der gesamten Erzeugung der EU

und 33 Prozent der nationalen Erzeugung eines Mitgliedsstaates nicht ausreichend. Die übrigen Bundesländer „begrüßen, dass die EU-Kommission zugesagt hat, im Bedarfsfall auch eine höhere Obergrenze für die Größe von Erzeugerorganisationen zuzulassen“, so die Protokollerklärung aus Jena. Sie bitten den Bund „mit Nachdruck“, sich auf EU-Ebene für eine entsprechende Anhebung einzusetzen, sollten die bestehenden Obergrenzen nicht ausreichen. Über diesen Schritt freuten sich die deutschen Milcherzeuger. „Der BDM bewertet es als positives Zeichen, dass die Minister offensichtlich erkannt haben, dass diese Bündelungsgrenze die Milcherzeuger im Vergleich zur Marktmacht von Molkereien und Handel zu stark einschränkt und sie eine stärkere Bündelungsmöglichkeit der Erzeuger auch auf europäischer Ebene grundsätzlich unterstützen wollen“, so der Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM). Dass manche Agrarminister in Bezug auf soziale und ökologische Leitlinien in der EU-Agrarreform einlenken und sich für höhere Obergrenzen in der Erzeugerbündelung einsetzen, ist nicht zuletzt der Verdienst von Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherverbänden, die durch beeindruckende Aktionen, öffentliche Debatten und Forderungen immer wieder Druck auf die Politik ausüben.

mh

Agrarpolitischer Dialog mit Bürgern

In Schleswig-Holstein tourte die Ausstellung „Mensch Macht Milch“ gespickt mit Veranstaltungen durch die Regionen

N eun Wochen wirbelte eine Gruppe aktiver Bauern und Kirchenvertreter Schleswig-Holstein agrarpolitisch auf. Mit der Ausstellung „Mensch Macht Milch“ organisierten die Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM), von Brot für die Welt, des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) unterstützt von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch eine Rundreise. In sechs Städten wurde die Ausstellung gezeigt. Sie zierte Berufsschulen, Kirchen, Rathäuser und schlussendlich das Landeshaus in Kiel. Zahlreiche gut besuchte Veranstaltungen, Führungen, Eröffnungen und ein reges Medieninteresse machten die Rundreise zu einem öffentlichen Ereignis.

Großes Interesse

Das Abschlusspodium im Kieler Landeshaus wurde von fast 200 Gästen besucht. Bernd Voß, Vorsitzender des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, sagte in seiner Begrüßung: „Mit dieser Tour haben die Veranstalter den Dialog um eine andere Agrarpolitik zu den Bürgern raus getragen.“

Deutliche Worte fand Bischof Gerhard Ulrich: Die Ausstellung zeige sehr eindrückliche Bilder und Berichte über Bauern in Afrika, Deutschland und was alles an der Landwirtschaft dran hängt. Es wird deutlich, warum bäuerliche Betriebe lokal gestärkt werden müssen. Gleichzeitig sind wir im Dilemma der

Exportorientierung. Der Bischof sagte: „Es braucht eine Wende in der Agrarpolitik durch eine faire Handelspolitik und faire Preise.“

Dazu äußerte sich Hans Friedrichsen, Präsident des Kreisbauernverbandes Nordfriesland, wie folgt: „Vollkostenrechnung funktioniert bei uns nicht, sonst gibt es zu viel Milch auf dem Markt. Es braucht den Wettbewerb.“ Marco Klemmt ging auf die Sojaimportstrategie und die negativen Folgen für die Bäuerinnen und Bauern in den Anbauländern ein. Auch Dr. Ina Walenda, Geschäftsführerin des BUND in Schleswig-Holstein, sieht aus Umweltsicht diese Strategie kritisch. „Wir haben in Schleswig-Holstein eine Überproduktion von Milch von 280 Prozent und sollen auf 500 Prozent aufstocken. Das heißt noch mehr Milch, noch größere Ställe, noch mehr Futtermittelimporte und somit auch Stickstoffimporte.“

Mehr Leguminosen

Dass die Futtermittelimporte aus Südamerika kritisch zu sehen sind, findet auch Friedrichsen und man solle aus seiner Sicht vermehrt auf heimische Eiweißversorgung durch Leguminosen zurückgreifen. Eine Antwort, wie der gegenläufige Trend aufgehalten werden kann, blieb er schuldig.

Das griff AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf auf und brachte den AbL-Vorschlag für die ökologische und soziale Qualifizierung

der Direktzahlungen ein, in dem u.a. 20 Prozent Leguminosen in der Fruchtfolge Voraussetzung sein sollen, um die vollen Direktzahlungen zu erhalten. Er verdeutlicht die gesellschaftliche Relevanz dieser Forderung: Das sei nicht nur im Interesse der Bauern, sondern greift auch andere Interessenlagen auf, die der Umwelt und der Entwicklungspolitik etwa, indem die Sojaimportproblematik gemildert werde. Die Stimmung in dem Saal war lebendig. Mal meldeten sich Verbraucher, um die Massentierhaltung zu kritisieren. Mal eine Vertreterin der Verbraucherzentrale, um darauf hinzuweisen, dass die Ver-

braucher nicht die alleinige Verantwortung tragen würden, etwa weil sie auch auf Produkte aus den Discountern zugreifen. Oder Bauernverbandsvertreter warnten davor, dass die Landwirtschaftsdebatte nicht emotional geführt werden dürfe.

Kirsten Wosnitza, Milchbäuerin in Löwenstedt und BDM-Mitglied, sagte in ihrem Schlusswort: „Es gab während der Ausstellungstour viele Berührungspunkte und viele Konfliktpunkte. In den Debatten ist deutlich geworden, die Gesellschaft ist kritisch und vielfältig.“

Berit Thomsen



Viele Interessierte waren zur Abschlussveranstaltung der Ausstellungstour von „Mensch, Macht, Milch“ ins Kieler Landeshaus gekommen. Foto: Thomsen

Ringeln um eine marktgerechte Milcherzeugung

Schweizer Milcherzeuger stoßen auf Widerstand bei Politik, Industrie und Handel

D ie Branchenorganisation Milch soll eine allerletzte Chance bekommen“, so die Aussage des Ständerates nach der Vertagung seiner Entscheidung zum Milchmarkt am 18. März 2011. Das Wörtchen „allerletzte“ zeigt schon, dass in der Schweiz seit Aufgabe der Milchmengenkontingentierung im Mai 2009 viel mit dem sogenannten freien Markt herumexperimentiert wurde. Aus Sicht der Milcherzeuger haben weder die Gründung der Branchenorganisation Milch (BOM) noch diverse Programme zum Absatz der Überschüsse im Ausland bislang zum Erfolg geführt. Der Schweizer Milchmarkt ist im Ungleichgewicht, die Butterlager wachsen mit 300 Tonnen je Woche beständig weiter und die Milchpreise liegen mit durchschnittlich 60 Rappen (47 Cent) weit unter den Produktionskosten. In der von der Schweizer Regierung of-

fiziell anerkannten Branchenorganisation Milch sind der Einzelhandel und die Verarbeiter sowie Milchproduzenten- und Milchproduzenten-Verarbeiterorganisationen vertreten. Bei ihrer letzten Sitzung hat die BOM eine Milchpreiserhöhung um 3 Rappen je kg A-Milch ab dem 1. April 2011 beschlossen. Doch die Butterlager sind mehr als randvoll und der Käseabsatz ist rückläufig, und so ist wieder einmal fraglich, ob die Molkereien diese Maßgabe befolgen werden, die zudem einen Teil der Milch, die von der Branchenorganisation eingeführten B- und C-Mengen, gar nicht betrifft. Die Produzentenorganisation Miba zum Beispiel zahlt ihren Mitgliedern ab dem 11. April 57,8 Rappen je kg Milch. Damit setzt sie die beschlossene Preiserhöhung um, liegt jedoch 10 Rappen unter dem

von der BOM gesetzten Richtpreis von 68 Rappen (53 Cent) je Liter A-Milch. Laut Milcherzeugerverband BIG-M sind 78 Rappen je Liter nötig, um die Kosten der Milcherzeugung unter den heutigen Bedingungen zu decken. Eine weitere beschlossene Maßnahme der BOM ist der Abbau des Butterbergs von aktuell 8.020 Tonnen Butter im wesentlichen über einen erzeugerfinanzierten Fonds „Milchstützung“ (ca. 42 Millionen Franken).

Reaktion der Milcherzeuger

Für BIG-M ist die Verramschung der Überschüsse keine Lösung. Der Verband fordert eine „Milchproduktion nach Maß – nicht maßlos“. Das richtige Maß, so Martin Haab, Präsident von BIG-M, müsse auf faire Preise und qualitätsgestützte Wertschöpfungska-

näle ausgerichtet werden. Nur eine Lenkung der Menge gebe Verarbeitern den Anreiz, ihr Wachstum hauptsächlich im Qualitätsbereich anzustreben. Die Milcherzeugerverbände BIG-M, Uniterre und SMP führen deshalb weiterhin Gespräche mit politischen Vertretern, um schließlich über die Motion Aebi im Ständerat die Allgemeinverbindlichkeit für den SMP als Erzeugerorganisation noch durchzusetzen. Weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen sollen den Druck auf Politik, Industrie und Handel erhöhen. Mit der Einführung der Fairen Milch auf dem Schweizer Markt soll den Verbrauchern die Möglichkeit der Wahl der Fairness gegeben werden und zugleich Politik und Milchbranche gezeigt werden, dass faire Erzeugerpreise möglich sind.

Sonja Korpeter, EMB

Ökologische Saatgutzucht

Der Verein Saat:gut e.V. wurde im August 2010 von Biolandwirten/innen im Kreis Schleswig-Flensburg gegründet. Im gleichnamigen Projekt Saat:gut, dem ersten Projekt des Vereins, wird seit 2009 auf Christiansens Biolandhof an neuen Sorten Blumenkohl, Brokkoli und Möhre für den Erwerbsgartenbau gezüchtet.

Wir haben als Biobetrieb zwar seit 2004 die Verpflichtung laut EU-Öko Verordnung, ökologisch vermehrtes Saatgut zu verwenden. Oftmals erfolgt die Züchtung noch unter konventionellen Bedingungen und die so gewonnenen Sorten verursachen im ökologischen Anbau aber vielfältige Probleme. Im Kohlbereich spitzt sich die Lage zu: Bei den neuen Kohlsorten wird vielfach eine gentechnische Methode angewendet, die zu männlich sterilen Pflanzen führt und eine Vermehrung unmöglich macht. Wir brauchen für den Biolandbau Pflanzen mit einer kräftigen Jugendentwicklung und ausgeprägtem Habitus, die in der Lage sind, sich gegen Beikräuter durchzusetzen und genügend Nährstoffe für Wachstum und Reifung aufzunehmen. Robuste Pflanzen, die sich aktiv mit ihrer Umwelt auseinandersetzen. Fähigkeiten, die sich nur entwickeln können, wenn unter biologischen Bedingungen gezüchtet wird.

Wenn wir uns dauerhaft gegen das Diktat der Agrokonzerne behaupten wollen, müssen wir Alternativen schaffen. Im Einklang mit der Natur zu wirtschaften bedeutet für uns auch, den freien Zugang zum Saatgut zu sichern. Das kann aber dauerhaft nur gelingen, wenn die Finanzierung von Züchtung unabhängig von Eigentumsrechten an Sorten geleistet wird. Der gemeinnützige Verein Saat:gut wird Inhaber der zukünftigen Sorten sein. Saatgut ist Kulturgut und Züchtung eine Gemeinschaftsaufgabe.

Barbara Maria Rudolf
www.saat-gut.org

David gegen Monsanto

Voll war es am Mittwoch, den 30. März 2011 in „Haus Düsse“ in Nordrhein-Westfalen. Passend für alle, die eigentlich noch etwas auf dem Acker zu tun hatten, fing es auch eine Stunde vorher leicht an zu regnen. So lauschten dann 250 Leute den Ausführungen von Percy Schmeiser, der mit seiner Frau Louise und Bernward Geyer als Tourorganisator und Dolmetscher der Einladung von Gyso von Bonin und Franz Josef Dohle gefolgt war.

Nach einer Kurzfassung des Films „David gegen Monsanto“ erzählte der Rapszüchter aus Saskatchewan, der Kornkammer Kanadas, seine eigentlich unfassbare Geschichte. Angefangen hatte alles in Kanada mit der Markteinführung von Roundup Ready resistentem Raps von Monsanto im Jahr 1996. Der Konzern entnahm ohne Wissen des Landwirts Pflanzenproben und fand in diesen Gensequenzen des patentgeschützten Roundup Ready Raps. Diese waren durch Auskreuzung in den Schmeiserschen Raps gelangt und vernichteten quasi über Nacht die eigene über fünfzigjährige Rapszüchtung der Familie. Nichtsdestotrotz wurden Percy und Louise von Monsanto auf eine Summe von 200.000 kanadische Dollar verklagt. Was folgte war eine jahrelange juristische Auseinandersetzung, die bis vor das oberste kanadische Gericht ging und erst im Jahr 2008 ihr vorläufiges Ende fand.

Am Ende des Abends blieb der Eindruck, trotz anscheinender Übermacht nicht chancenlos in der Auseinandersetzung zu sein. Möglichkeit, lokal aktiv zu werden, ist die Gründung und Ausweitung von gentechnikfreien Regionen. Für den Raum Rüthen/Warstein ist dies das nächste Projekt, welches Franz-Josef Dohle und Gyso von Bonin anstoßen möchten. UnterstützerInnen sind herzlich willkommen.

Christoph Dahlmann, AbL

Kurzes am Rande

Bäuerliche Betriebe in Thüringen

Kriminelles Vorgehen verhindert Flächenvergabe in Ostdeutschland

Die AbL-Thüringen wird den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf eine gerechtere Flächenvergabe legen.

Eines der Hauptanliegen der Mitglieder der AbL-Thüringen besteht darin, die Einrichtung bäuerlicher Betriebe in den Dörfern Thüringens zu unterstützen und voranzutreiben. Die Mindestausstattung mit Land stellt für viele Interessenten, die einen bäuerlichen Betrieb gründen wollen, das größte Problem dar.

Deshalb freuten wir uns besonders, am 19. April Herrn Jörg Gerke, Bauer in Mecklenburg-Vorpommern und Autor des Buches „Nehmt und Euch wird gegeben“ als Gast bei uns in Weimar begrüßen zu können. Eindrucksvoll schilderte er die Geschichte von Bodenreform, Enteignung in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone, die Zwangskollektivierung der bäuerlichen Betriebe in der DDR und die daraus resultierende heutige ostdeutsche Bodenpolitik, die von Agrarindustrialisie-

rung, anhaltender Benachteiligung bäuerlicher Betriebe, grüner Gentechnik und Landausverkauf in nicht zu überschauenden Größenordnungen geprägt ist.

Erschütternd war die Darstellung der kriminellen Vorgehensweise sowohl ostdeutscher Politiker, als auch Landwirtschaftsminister und Ministerpräsidenten, die vorbelastet durch Verquickungen mit dem alten LPG-Kadersystem quer durch alle Parteien diese Praxis unterstützen und als „Unthema“ auch weiterhin nicht in Diskussion und Öffentlichkeit bringen wollen. An den Vortrag schloss sich eine sehr intensive und konstruktive Diskussion an. Die Auseinandersetzung mit ostdeutscher Bodenpolitik und Vergabepaxis wird ein Hauptschwerpunkt der Arbeit der AbL-Thüringen sein, denn nur, wenn wir als bäuerliche Betriebe an der Bodenverteilung beteiligt werden, wird es zu einem Strukturwandel in Ostdeutschland kommen.

Claudia Gerster, AbL-Thüringen

KWS unter Belagerung

Mit Pferdemit demonstrieren junge Menschen gegen Gentechnik

Im nunmehr vierten Jahr haben Studenten aus Witzhausen sowie die jAbL gegen die Aussaat der herbizidtoleranten Zuckerrübe H7-1 der KWS Saat AG protestiert. Am 1. April kippten sie unter dem Motto „KWS – behalte deinen Gentechnik Mist“ rund 16 Tonnen Dung vor der Firmenzentrale in Einbeck ab. Begleitet wurden die jungen Aktivisten und Bauern von feurigen Sambatrommeln sowie einem Filmteam des NDR.

Die Aktion verfehlte ihre Wirkung nicht. Die KWS-Mitarbeiter, welche es sich pünktlich um 12 Uhr in der Firmenkantine gemütlich gemacht hatten, trauten ihren Augen kaum,

als die anrollenden Trecker ihre stinkende Ladung in der Firmeneinfahrt abluden. Und auch am KWS-Pressesprecher Dr. Henning von der Ohe scheint die Aktion nicht spurlos vorbeigegangen zu sein. Im NDR-Bericht zur Aktion, der noch am selben Abend ausgestrahlt wurde, wirkte er merklich angestrengt. Die beiden Worte „herbizidtolerante Zuckerrübe“ sind ihm alles andere als flüssig über die Lippen gegangen.

Kurzum: auch im vierten Jahr der Gentechnikversuche kommt KWS nicht zur Ruhe. Und daran wird sich wohl in den nächsten Jahren auch nichts ändern. Denn sicher ist: Auch weiterhin wird sich die jAbL hoch motiviert für eine vernünftige und gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung einsetzen. Nicht zuletzt auch, weil sich die jungen Menschen nichts Schöneres vorstellen können, als in einer vielfältigen und selbstbestimmten Landwirtschaft zu arbeiten.

Phillip Brändle, junge AbL

Da es sich um eine unangemeldete Kundgebung handelte und der Mist von KWS entsorgt werden musste, kommen auf die jAbL diverse Rechnungen zu. Aus diesem Grund freuen sich die jungen Menschen über Spenden.

Empfänger: GenWitz-weg

Bank: Sparkasse Werra-Meißner

Konto: 504 737 35

BLZ: 522 500 30

Stichwort: Mist



Mit Pferdemit und Sambatrommeln gegen Gentechnik.

Foto: GenWitz-weg

Das „Alpine Steinschaf“

Ein vom Aussterben bedrohtes Erfolgsmodell

Alpine Steinschafe sind angepasst an die raue Haltung im Hochgebirge, bis in für Rinder unzugängliche Hochlagen. Robust und widerstandsfähig, wetterhart, trittsicher und genügsam, Asaisonalität sowie gute Muttereigenschaften, Langlebigkeit und eine Frühreife von 7 bis 8 Monaten zeichnen diese Schafrasse aus.

Seit vier Jahren betreibe ich, in Wertach im Allgäu, „Die Schafhaltere“. Wir haben etwa 40 Muttertiere in zwei Gruppen, die das ganze Jahr zusammen mit dem jeweiligen Bock verbringen. Dies ist nicht nur artgerecht, sondern sorgt im wirtschaftlichen Bereich auch für eine kontinuierliche Lieferfähigkeit von Lammfleisch und Zuchttieren. Die Anzahl der Tiere wird durch Zukauf und aus eigener Nachzucht kontinuierlich erhöht. Bei der Zucht legen wir besonderen Wert auf gute Muttereigenschaften und Widerstandsfähigkeit der Muttertiere und Böcke. Die Ausbeute beim Schlachtkörper ist, aufgrund des kleineren Wuchses, geringer als bei

Fleischschafrassen. Dafür hat das Fleisch einen angenehmeren Geschmack und weniger Fettanteil, was von der Kundschaft geschätzt und honoriert wird. Auch die Wolle findet, im Gegensatz zur Wolle anderer Rassen, guten Absatz. Im Rahmen des GEH-Wollprojektes (GEH = Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen e.V.) wird die Wolle der Alpinen Steinschafe sortenrein verarbeitet, aus der dann vielfältige Bekleidungsstücke und Accessoires hergestellt werden, die auf Märkten und Messen sehr guten Absatz finden.

1985 begannen engagierte Menschen die Restbestände des Alpinen Steinschafs ausfindig zu machen. 1991 wurde die Rasse dann in das

Herdbuch aufgenommen. Seit 2004 arbeitet eine Arbeitsgemeinschaft von Züchtern und Haltern daran, den Erhalt dieser Rasse zu sichern. 1995 gab es nur noch 55 Mutterschafe im Alpenraum, heute sind es wieder etwa 680. Zu wenig, um den Bestand langfristig sichern zu können, aber genug um zu zeigen, dass die Erhaltung einer aussterbenden Haus-



Steinschafe: Anspruchslos und vom Aussterben bedroht. Foto: Friedrich

tierrasse auch wirtschaftlich sein kann. Seit 2010 gibt es für Jungböcke der Alpinen Steinschafe das mehrjährige Almpjekt. 15 Jungböcke verbringen den Sommer auf einer Alm in der Nähe von Grassau. Beim Almbtrieb im Herbst werden dann Gewichtszunahme, Klauengesundheit und Wollqualität ermittelt. Aus diesen Daten wird dann der „Almindex“ ermittelt, anhand dessen der Züchter Daten über die Böcke unter rauen Bedingungen erhält.

Es ist zu wünschen, dass mehr Landwirte und auch Hobbyzüchter die klaren Vorteile der Alpinen Steinschafe und anderer alter Haustierrassen, gegenüber den normalen „Wirtschaftsrassen“ erkennen und schätzen lernen.

Armin Friedrich
www.die-schafhaltere.de

Informationen zum GEH-Wollprojekt:
www.kollektion-der-vielfalt.de
Informationen zum Alpinen Steinschaf:
www.alpines-steinschaf.de

Positionspapier der AbL-Bayern

EU-Agrarreform 2013 – Agrarpolitik im Umbruch

Die EU-Agrarförderung geschieht im Wesentlichen durch Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebsinhaber. Um eine Überschussproduktion zu vermeiden, wurden die Betriebsprämien von Art und Umfang landwirtschaftlicher Produktion entkoppelt. Am Ende der Umverteilung zwischen 2010 und 2013 wird in Deutschland eine regional einheitliche Förderung von ca. 300 € je Hektar Acker- und Grünland stehen.

Die AbL-Bayern steht zu dem System der Direktzahlungen als Ausgleich für höhere Produktionsauflagen im Vergleich zu Nicht-EU-Staaten. Bäuerinnen und Bauern erbringen unverzichtbare Leistungen im Naturschutz, tragen wesentlich zur Erhaltung der Kulturlandschaft bei und garantieren die Versorgungssicherheit für unsere Lebensmittel.

Die höheren Produktionsauflagen im Vergleich zu Nicht-EU-Staaten machen zwei Beispiele deutlich. Eine vTI-Studie ermittelt, dass bei einem 1.300 Hektar großen Ackerbaubetrieb im direkten Vergleich die Bewirtschaftungskosten des deutschen Betriebes etwa 20 Euro höher als im ukrainischen Betrieb sind. Laut einer Untersuchung der TU Weihenstephan betragen dagegen bei einem durchschnittlichen bayerischen Milchviehbetrieb die Mehrkosten durch die höheren Auflagen rund 1.500 Euro je

Hektar gegenüber vergleichbarer Betriebe außerhalb der EU.

Nach diesen wissenschaftlichen Untersuchungen bekommt ein Ackerbaubetrieb mit 1.300 Hektar bei einer Flächenprämie von 300 Euro je Hektar insgesamt 390.000 Euro in Form der Direktzahlung. Da jedoch der Unterschied bei den Bewirtschaftungskosten nur 26.000 Euro beträgt (s. o. 20 Euro x 1.300 Hektar) wird dieser Betrieb mit 364.000 Euro zu hoch durch Steuergelder gefördert.

Hingegen bekommt ein durchschnittlicher bayerischer Milchviehbetrieb mit 28 Hektar bei einer Flächenprämie von 300 Euro/ha bisher 8.400 Euro Direktzahlung. Die Mehrkosten für die höheren Produktionsauflagen betragen aber 42.000 Euro (s. o. 1.500 Euro x 28 Hektar). Der Milchbauer wird um 33.600 Euro benachteiligt – sein Mehraufwand wird nicht ausgeglichen.

Das bisherige System der EU-Direktzahlungen allein über die Fläche kommt vor allem den Verpächtern über hohe Pachtpreise zu gute und benachteiligt in krasser Form alle viehhaltende Bauern in Deutschland. Ihre Mehrkosten wegen der höheren Produktionsauflagen werden nicht entlohnt.

Umgerechnet auf die Arbeitsleistung bekommt ein reiner Ackerbaubetrieb auf ca. 30 € Direktzahlungen pro Arbeits-

stunde. Im Gegensatz bekommen bäuerliche Betriebe mit Viehhaltung wie Milchvieh oder Zuchtschweine nur auf ca. 3 € pro Arbeitsstunde.

Wir wollen nicht weiter die Produktionsflächen als einzigen Maßstab der Direktzahlungen, wo die beschäftigten Menschen und deren Arbeitskraft keine Rolle spielen. Deshalb fordert die AbL Bayern e.V. deutschlandweit eine für alle Betriebstypen gerechte Verteilung der EU-Direktzahlungen, bei der auch der Arbeitsbedarf der Betriebe berücksichtigt wird.

Dies ist in Deutschland ohne jeden weiteren bürokratischen Aufwand möglich, wenn z. B. der neue Beitragsberechnungsmodus der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften herangezogen wird. Die Berufsgenossenschaften haben ihr bisher flächenbasiertes Beitragssystem auf ein arbeitsbedarfsbasiertes System umgestellt. Die Versicherungsbeiträge werden nicht mehr nach der bewirtschafteten Fläche eines Betriebes, sondern nach dem Arbeitsbedarf des Betriebes berechnet. Dazu hat Professor Bahrs von der Uni Hohenheim in einer fachlich qualifizierten und wissenschaftlich abgesicherten Studie den Arbeitsbedarf für alle landwirtschaftlichen Produktionsverfahren ermittelt. Da sich der Arbeitsbedarf pro Einheit (Hektar und Tier) mit dem Produktionsumfang (Fläche

und Stück) eines Verfahrens vermindert, ist ein mengenabhängiger Degressionsfaktor (z. B. für Rüstzeiten und Automatisierung) eingerichtet.

Die Akzeptanz der Gesellschaft für Ausgleichszahlungen hängt davon ab, dass bereits bei den Direktzahlungen Auflagen zur Bodenverbesserung und zum Klimaschutz erfüllt werden.

Die Direktzahlungen bekommt nur wer folgende Auflagen erfüllt:

- In der Acker-Fruchtfolge darf pro Vegetationsperiode eine Frucht maximal 50% der betrieblichen Ackerfläche einnehmen, Leguminosen (und Leguminosen-Gemenge wie Kleegras) müssen mindestens 20 % der betrieblichen Ackerfläche einnehmen,

- 5 % der betrieblichen Nutzfläche werden für ökologische Vorrangflächen, (Landschafts-Strukturelemente wie Hecken, Streuobstwiesen, Blühstreifen) bereitgestellt. Bei hohen Schlaggrößen gilt das auch als Mindestanteil pro Schlag.

- Der Grünland-Anteil an der Nutzfläche des Betriebes muss erhalten bleiben.

Über eine auch zukünftig starke zweite Säule, sollen die darüber hinaus gehenden ökologischen Leistungen der Bauern bezahlt werden.

AbL-Bayern e.V.
abl-bayern@web.de
www.abl-bayern.info

Holland: Baustop für Agrarfabriken gefordert

Die zweite niederländische Parlamentskammer hat die Regierung aufgefordert, bis zum Abschluss der laufenden gesellschaftlichen Debatte einen vorläufigen Baustop für „Megaställe“ zu beschließen. Die Abgeordneten verweisen dabei auf die „starke Beunruhigung der Bevölkerung über die wachsende Zahl von Megaställen“. Bei einer Umfrage hatte eine Mehrheit der Holländer generell gegen Agrarfabriken votiert – aus Tierschutz-, Gesundheits- und Umweltgründen. In den südlichen Provinzen mit starker Intensivtierhaltung laufen zudem Bürgerbegehren, in denen es um Höchstgrenzen für Stallanlagen geht. Hintergrund sind unter anderem die Pläne der Regierung, Sonderzonen für Megaställe zu schaffen. In diesen Zusammenhang gehören auch die laufenden Untersuchungen über die Feinstoff-, Keim- und Gesundheitsbelastung der Anwohner durch agrarindustrielle Anlagen, deren Ergebnisse im Herbst dieses Jahres vorliegen sollen. Hundert holländische Hochschullehrer hatten zuvor in einem Plädoyer das Ende der agrarindustriellen Massentierhaltung gefordert. In Deutschland haben mittlerweile mehr als 500 Wissenschaftler und 25.000 weitere Unterzeichner einen ähnlichen Appell verfasst. *en* (www.gegen-massentierhaltung.de/)

Spargel- und Schweinekonzern Thiermann

Seit Jahren kommen die niedersächsischen Agrarminister und andere Politiker zum Beginn der Spargelsaison zum größten deutschen Spargelbetrieb Thiermann in Scharringhausen (bei Sulingen), der in Niedersachsen und in Ostdeutschland riesige Spargelfarmen mit weit mehr als 1.000 Hektar betreibt. Der sogenannte Umweltminister Sander lobte Thiermann als „einen der erfolgreichsten Unternehmer im Lande“ und bot ihm sogar Hilfe für „Anbauflächen zu vertretbarem Pachtzins“ an. Sehr zum Ärger vieler Landwirte im Kreis Diepholz und auch in Brandenburg, die auf den Thiermann-Konzern wegen dessen expansiver und verdrängender Rolle auf dem Pachtmarkt schlecht zu sprechen sind. Mittelständische Spargelbauern klagen zudem über preisdrückende Angebote Thiermanns an der Spargelbörse. Auch in der Schweinemast tragen Thiermanns mit ihren Agrarfabriken zu preisdrückenden Überschüssen bei: mit mehr als 8.000 Plätzen in Ströhen, Dörrieh und Scharringhausen und laut Presseberichten bundesweit noch etlichen Tausenden mehr. *en*

Lindemann gegen Milchvieh-Agrarfabrik

Agrarminister Lindemann hat in einem Brief an besorgte Landwirte und bei einem Termin im Raum Diepholz noch einmal nachdrücklich betont, dass die geplante 3.200er-Milchviehanlage in Barver mit seinem Verständnis von bäuerlicher Landwirtschaft nichts mehr zu tun habe und dass die Region (gemeint sind wohl Gemeinde, Samtgemeinde und Landkreis) hier steuernd eingreifen könnten. Das Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken Diepholz plant weitere Aktionen gegen das „Monsterprojekt“. *en*



Massentierhaltung kommt immer mehr unter Druck.

Kurzes am Rande

Landkreise gegen Agrarfabriken

Regelungen für Tierschutz und bäuerliche Strukturen sind angesagt

Angesichts der agrarindustriellen Überfüllung und des Drucks von immer mehr Bürgerinitiativen fordern niedersächsische Landkreise weitere Regelungen zur Verhinderung von Großmastanlagen.

Brandschutz, Keimschutz, Filter

Die Landkreise Emsland, Oldenburg und Vechta haben angesichts der Massierung von Großmastanlagen bereits einen Genehmigungsstopp für Neuanlagen in 500 Meter Nähe zur Wohnbebauung ausgesprochen, bis die Antragsteller ausreichende Keim- und Brandschutzgutachten vorlegen. Auch die Region Hannover verlangt Brandschutzkonzepte, der Landkreis Aurich erlaubt keine gewerblichen Anlagen ohne ausreichende Futtergrundlage mehr. Nun genehmigt der Landkreis Cloppenburg neue Stallbauten mit mehr als 2.000 Schweinemast- und mehr als 750 Sauenplätzen nur noch mit Abluftreinigungsanlagen. Auf der Grundlage des geltenden Bau- und Immissionsschutzrechts, so Landrat Eveslage, sei der Landkreis als Genehmigungsbehörde verpflichtet, durch geeignete Maßnahmen schädliche Umwelteinwirkungen sowie erhebliche Belästigungen für Allgemeinheit und Nachbarschaft zu verhindern. Er empfahl Städten und Gemeinden, ihre Steuerungsmöglichkeiten über die Bauleitplanung zu nutzen, um Stallbauten in freier Landschaft zu verhindern.

Raumordnungsverfahren

Angesichts der „steigenden Anzahl von Anträgen zur Errichtung von Intensivtierhaltungsanlagen“, „zunehmenden Bürgerprotesten“ und bisher „eingeschränkten Steuerungsmöglichkeiten“ hat der Landkreis Diepholz die Möglich-

keit beschlossen, oberhalb folgender „Aufreißschwellen“ auch Raumordnungsverfahren durchzuführen: 85.000 Geflügelmastplätze, 60.000 Putenmast- oder Hennenplätze, 85.000 Junghennenplätze, 3.000 Schweinemastplätze, 900 Sauenplätze, 9.000 Ferkelaufzuchtplätze, 800 Rinderhaltungsplätze, 1.000 Kälberplätze und 1.000 Pelztierplätze. Auch der Niedersächsische Landkreistag hat vom Land eine Neuregelung beim Bau von neuen Tierställen eingefordert. In Regionen wie dem Nordwesten sei die ob-

jektive Grenze des Möglichen erreicht. Außerdem nehme die Akzeptanz für bestimmte Arten von Tierhaltungsanlagen in weiten Teilen der Bevölkerung ab. Das geltende Recht biete keine hinreichenden Möglichkeiten zur Grenzziehung. Die Landkreisversammlung forderte vom Land Niedersachsen konkrete Vorgaben für die Genehmigung und den Bau von Großmastanlagen. Auch der Bund müsse das Baurecht ändern.

Tierschutz und Höchstbestände

Ministerpräsident McAllister bezeichnete es in einer Rede vor Junglandwirten im emsländischen Lingen als fraglich, ob die gegebenen Steuerungsmöglichkeiten in Sachen Mastställen noch ausreichten. Das Vorgehen des Landkreises Emsland sei „in der gegebenen Situation nicht zu beanstanden“. Er warf die Frage auf, ob die Privilegierung für großgewerbliche Tierhaltungsanlagen eingeschränkt werden müsse. Landwirtschaftliche Anlagen mit ausreichender Futtergrundlage oder in Größenordnungen, die „als Betriebszweig problemlos betrieben“ werden könnten, stünden nicht zur Diskussion. Agrarindustrie und Bauernverband sehen sich zunehmend isoliert, werden aber hinter den Kulissen ihren Druck auf die ihnen eigentlich verbundene CDU-FDP-Koalition erhöhen.

Faire Preise und Akzeptanz

Die AbL forderte die Landesregierung auf, landesweit gegen den Neubau von Agrarfabriken oberhalb der vorhandenen Grenzen des Bundes-Immissionsschutz-Gesetzes vorzugehen (1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 20.000 Geflügelplätze). Gleichzeitig müssten über neue Nutztierhaltungs-Verordnungen die Forderungen der EU-Richtlinien nach einer artgerechten Haltung mit genügend Platz auf Stroh und ohne Tierversümmelung endlich durchgesetzt werden. Ein Programm für den Umbau auf solche Haltungsformen und auf Freilandhaltung stehe auf der Tagesordnung. Niedersachsen solle seinen Einfluss nutzen, um solche Regelungen auch bundes- und EU-weit auf den Weg zu bringen, zum Beispiel im Rahmen der EU-Agrarreform. Eine solche Beschränkung der Tierhaltung allein auf mittelständische, bäuerliche Strukturen liege auch im Interesse der allermeisten Landwirte, weil dadurch die überschussproduzierende Konkurrenz der Agrarindustrie ausgeschaltet werde, weil durch die Mengenreduzierung viel Spielraum für faire Erzeugerpreise geschaffen würde und weil dadurch eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung entstünde. *en*

Foto: Big Dutchman

Es muss sich etwas tun! Wenn die europäische Agrarpolitik nicht ihren Kurs ändert, haben bäuerliche Betriebe in Zukunft keine Chance. Die jungen Bäuerinnen und Bauern haben sich in der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft organisiert, um auf ihre Bedürfnisse und Forderungen für eine zukünftige Agrarpolitik hinzuweisen. Die Ende Mai startende Sternfahrt nach Berlin macht an vielen Stationen in der Republik halt, um die Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, auf Missstände aufmerksam zu machen und die gesammelten Forderungen nach Berlin zum Kanzleramt zu bringen.



Auf dem Weg für unsere bäuerliche Zukunft

Die junge AbL lud zur Frühjahrstagung ins Berliner Stadtgut Blankenfelde, um sich für die zukünftige Agrarpolitik zu stärken

Mitte April lud die junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) zu ihrer Frühjahrstagung unter dem Motto „Auf dem Weg für unsere bäuerliche Zukunft“ auf das Stadtgut Blankenfelde in Berlin-Pankow ein. Ganze vier Tage wurde diskutiert, informiert, geplant, geforscht und gehandelt. Zur Podiumsdiskussion am ersten Abend saßen etwa 30 junge und alte Interessierte aus ganz Deutschland im Publikum in der urigen Steinscheune des Anwesens. Verschiedene Gäste aus Landwirtschaft und Politik diskutierten und referierten zum Thema EU Agrarreform und den Visionen von Landwirtschaft nach 2013.

Zunächst beschrieb Ulrich Jasper, stellvertretender Geschäftsführer der AbL in einem kurzen Impulsvortrag den Ablauf und die inhaltlichen Knackpunkte der Agrarreform und präsentierte als Einstieg die Position der AbL. Im Anschluss stellten Vertreter verschiedener politischer Parteien in ihren Eingangstatements ihre Position und Vision einer zukunftsfähigen Landwirtschaft vor. In abendlicher Kälte erhitzen sich die Gemüter in der Runde, denn bei den Vorstellungen von Visionen einer Landwirtschaft nach 2013 gingen die Meinungen in vielen Details weit auseinander.

Wolfgang Löhe vom BMELV betonte aus Sicht der Bundesregierung, dass die Ausgestaltung der Agrarreform entscheidend vom Finanzrahmen abhängt und es insbesondere um eine faire Verteilung des Geldes sowohl innerhalb als auch zwischen den Mitgliedsstaaten gehen muss. Inhaltlich ginge es um eine Vereinfachung des Systems, aber auch als wesentlicher Diskussionspunkt um die Beiträge der Landwirtschaft für den Umweltbereich. Hier seien die vorgeschlagenen Wege und

Ansätze noch sehr unterschiedlich, so Herr Dr. Löhe. Obergrenzen für Direktzahlungen lehne die Bundesregierung jedoch ab. Stattdessen sollten die Fördermaßnahmen der 2. Säule weiterentwickelt werden. Damit das System der Co-Finanzierung besser umsetzbar ist, könne eventuell der EU-Anteil erhöht werden.

Die junge AbL ist mit dieser Aussage wenig zufrieden. „Das war eine eher passive Darstellung einer sehr statischen Regierungsposition – ohne konkrete Vorschläge“, so Regine Holloh aus Berlin. Andreas Bergmann von den Linken stellte die Konzepte für die 1. und 2. Säule vor, die von seiner Partei entwickelt wurden. Ziel sei es, von der direkten Einkommensfunktion weg zu kommen, hin zur Honorierung ökologischer und sozialer Leistungen. 80 Prozent der verfügbaren Mittel aus der ersten Säule sollen an Umweltleistungen, wie ökologische Vorrangflächen und den Verzicht auf GVO gebunden sein, schlägt er vor. Die restlichen 20 Prozent sollen aufgeschlüsselt nach Arbeitsplätzen an die Betriebe vergeben werden, die ihren Mitarbeitern den nationalen Mindestlohn zahlen.

FDP für Gentechnik

Kristel Happach-Kasan von der FDP beharrte auf ihrem Statement, Landwirte sollten ihr Einkommen am Markt erwirtschaften. Im weiteren Verlauf relativierte sie diese Aussage jedoch und forderte, dass sich im Vorfeld die Lebensmittelpreise verändern müssten, so Happach-Kasan. Eine junge Bäuerin fasste die Aussage zusammen: „Eigentlich wollen sie die Direktzahlungen nicht, aber ohne geht es auch nicht“ so Lea Unterholzner von der jungen AbL.

Schwärmend vom Wohnen im schönen

ländlichen Raum, räumte Happach-Kasan der 1. Säule absoluten Vorrang ein und plädiert dafür, die Landwirtschaft weltweit auf Gunststandorten durch moderne landwirtschaftliche Methoden wie z.B. Gentechnik zu intensivieren. Matthias Miersch von der SPD stellte die Autonomie der Landwirtschaft in den Vordergrund; er forderte, zukünftig Fördermechanismen so zu gestalten, dass sie darauf abzielen die Umwelt zu schonen und kommenden Generationen gesund zu hinterlassen. Als Rechtsanwalt der Interessengemeinschaft Nachbau wies er ausdrücklich auf die Probleme im Saatgutmarkt hin. Wenn das bäuerliche Recht des Nachbaus als Grundlage des Ackerbaus eingeschränkt bleibe und durch Patentierungen sogar weiter erschwert werde, steige die Abhängigkeit der Landwirte. Zudem eröffne die Kontrolle von Konzernen über das Saatgut Eintrittspforten für GVOs.

Agrarpolitik als Gesellschaftsdebatte

Friedrich Ostendorff von den Grünen freute sich zunächst über die große öffentliche Aufmerksamkeit für die Agrarreform. „Die Agrarpolitik ist aus dem Hinterzimmer raus – sehr gut!“ Es brauche eine gesellschaftliche Debatte, wie sie in Form der Kampagne „Meine-Landwirtschaft.de“ vom Bündnis der Plattformverbände angestoßen wurde. „Die Gesellschaft muss an der Entscheidung beteiligt werden, wofür Geld ausgegeben werden soll“, fordert Ostendorff. Die größte Herausforderung für ihn ist der Erhalt der Biodiversität und der Klimaschutz. Strukturelemente und ökologische Vorrangflächen seien wichtig Strukturen, um ausgeräumte Landschaften zu begrünen und so vor Erosion und Naturkatastrophen zu

schützen. „Es geht um den Kampf zwischen industrieller und bäuerlicher Landwirtschaft“, so Ostendorff. Um die industrielle Entwicklung zu stoppen, sei es nötig, die Investitionsförderungen zu beschneiden sowie Stallbauten und Tierbesatz an Flächen zu binden. Durch die Fleischproduktion entstünden große Probleme: „Wir nehmen anderen Ländern die Futterflächen, essen die guten Fleischteile und die Reststücke schicken wir dann wieder zurück“, kritisierte der Grünenpolitiker.

Junge AbLer diskussionsfreudig

In der anschließenden Diskussion wurden die Referenten mit Fragen aus dem Publikum in die Mangel genommen: „Welche Landwirtschaft wollen Sie denn nun eigentlich?“, fragte Miriam Hack von der jungen AbL den BMELV-Vertreter Löhe und Frau Happach-Kasan von der FDP und forderte: „Es müssen doch erst mal konkrete Zielvorstellungen entwickelt werden, um lenkende Maßnahmen dafür zu schaffen“, so Hack.

„Größtes Problem mancher Politiker scheint die Sorge zu sein, Deutschland könnte zu großer Nettozahler in der EU sein“, zieht Lea Unterholzner von der jungen AbL ein eigenes Fazit aus der Diskussion: „FDP und BMELV wollen nicht, dass Direktzahlungen an Maßnahmen gebunden sind, aus dem einzigen Grund, weil Deutschlands Rolle als Nettozahler in der EU dann womöglich verstärkt würde. Das ist mir jetzt richtig deutlich geworden. Sie gehen davon aus, dass deutsche Landwirte weniger Direktzahlungen bekommen würden und somit weniger Geld aus der EU nach Deutschland zurückfließen würde.“

Christine Weißenberg, jAbL



BAUERN-STERNFABRT NACH BERLIN 29. Mai bis 9. Juni

JA ZU ARTENVIELFALT
BAUERNHÖFEN
FAIREN-MÄRKTEN



Wir haben es satt! – Bauern-Sternfahrt zum Kanzleramt

Vom 28. Mai bis 9. Juni auf dem Weg für eine ökologischere Landwirtschaftspolitik

Im Rahmen der Kampagne „Meine Landwirtschaft – unsere Wahl“ (www.meine-landwirtschaft.de), die auch von Bioland unterstützt wird, setzen sich vom 28. Mai bis zum 9. Juni 2011 Bäuerinnen und Bauern mit ihren Traktoren aus Süddeutschland, Ostfriesland, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern in Bewegung, um für eine bäuerliche, faire, tiergerechte und ökologische Landwirtschaftspolitik vors Kanzleramt in Berlin zu ziehen.

Dies ist nach der zentralen Demonstration „Wir haben es satt“ vom 22. Januar 2011 in Berlin die Folgeveranstaltung, um eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik und einen Systemwechsel in der Landwirtschaft voranzutreiben. Die Bauernsternfahrt macht an vielen Orten Station, um bei Vorträgen, Demos und Aktionen Flagge dafür zu

zeigen. Seid unterwegs mit dabei oder am 9. Juni 2011 ab 10 Uhr bei der Abschlussveranstaltung „Frühstück bei Angie“ vor dem Kanzleramt! Dort werden Videobotschaften an die Kanzlerin gesendet, die in den Regionen eingefangen wurden, und auf einer Großleinwand abgespielt. Die Traktorfahrer der jungen AbL und des

BDM Niedersachsen freuen sich über die Unterstützung der Biolandbauern.
Jochen Fritz

Alle Informationen unter:
www.bauernsternfahrt.de,
info@bauernsternfahrt.de

Detailliertere Tourdaten:
www.meine-landwirtschaft.de/sternfahrt/route.html



Meine-Landwirtschaft.de

Wir brauchen eine zukunftsfähige Landwirtschaft, die ihren komplexen Aufgaben gerecht werden kann. Die einzige Lösung ist eine bäuerliche Wirtschaftsweise.

Neben der Produktion von Lebensmitteln hat die Landwirtschaft umfassende ökologische und soziale Aufgaben zu bewältigen, die vor allem seit der Bedrohung durch den Klimawandel und dem Verlust der Artenvielfalt immer weiter in das Bewusstsein der Gesellschaft gerückt sind. Leider ist unserer Regierung die Dringlichkeit des Umsteuerns zu einer ökologischeren und sozial gerechteren Landwirtschaft offensichtlich nicht bewusst.

Wir bringen die ländliche Realität ungeschönt nach Berlin zur Kanzlerin. Wir wissen, wofür wir unterwegs sind und wir wissen, dass wir viele GefährtInnen haben, die sich für eine bäuerliche Landwirtschaft stark machen. Aus völlig unterschiedlichen Zusammenhängen und aus unterschiedlichen Anlässen eint uns doch ein großes Ziel: Faire Lebens- und Arbeitsbedingungen für Alle. Seien es die Bäuerinnen und Bauern hierzulande und weltweit, direkt Betroffene der industriellen Auswüchse, die Tiere im Stall, die Vögel auf den Feldern, die Regenwürmer im Boden und vor allem die nächsten Generationen. Daher, nix wie auf!

Lea Unterholzner



Mit unseren eindrucksvollen Aktionen seit dem Lieferstreik 2008 haben wir Milchbauern unsere Forderungen und Ziele in der Gesellschaft und bei der Politik auf die Tagesordnung gesetzt. Wir müssen aber jetzt erkennen, dass wir sie alleine nicht durchsetzen können; zu stark sind die Kräfte der Gegenseite. Deshalb ist es gut, dass der BDM

ein breites Bündnis mit vielen gesellschaftlichen Gruppen geschlossen hat. Die Sternfahrt bietet eine gute Gelegenheit, das Bündnis in den Regionen mit Leben zu füllen. Wir werden als BDM natürlich einen Schwerpunkt auf das Thema Milch legen, aber auch alle anderen agrarpolitischen Fragen auf unserer Route aufgreifen. Nur im Schulterschluss mit den Verbündeten kann es uns gelingen, eine andere Agrarpolitik auf den Weg zu bringen.

Ottmar Ilchmann
BDM-Kreisteamleiter Leer,
Ostfriesland





BAUERN-STERNFAHRT

NACH BERLIN 29. Mai bis 9. Juni

JA ZU ARTENVIELFALT
BAUERNHÖFEN
FAIREN-MÄRKTEN



Drei Routen

Quer durch die Republik werden Schlepper fahren!



Ort (alphabetisch)	Datum	Was passiert?
Auuenberg bei Markt-oberndorf	So., 29. Mai	Auftaktveranstaltung mit Gottesdienst und Podiumsdiskussion
Braver, Kreis Diepholz	Di., 31. Mai	Hoffest, Diskussionsveranstaltung
Berga / Elser	Do., 2. Juni	Kulturhof Zickra, mit Misereor „Was trägt die EU-Agrarpolitik zum Hunger bei?“
Berlin	Do., 9. Juni	Bauerntafel vorm Bundeskanzleramt – „Angela, wir müssen reden“
Braunschweig	Mo., 6. Juni	Aktion!
Breithardt	Mi., 1. Juni	Veranstaltung „Kennzeichnung von Lebensmitteln“
Cloppenburg, Braver	Mo., 30. Mai	Kundgebung an geplantem Kuhstall für 3.200 Kühe
Deutsch Bork bei Linthe	Mi., 8. Juni	Kulturprogramm
Dresden / ev. Kirchentag	Fr.-So., 3.-5. Juni	Evangelischer Kirchentag
Eberswalde	Mi., 8. Juni	- in Planung -
Edeweicht	So., 29. Mai	Kundgebung am Käsewerk DMK
Gießen	Do., 2. Juni	- in Planung -
Gorleben	Sa., 4. Juni	- in Planung -
Greetsiel, Gem. Krummhörn	So., 29. Juni	Auftaktveranstaltung mit Krabbenfishern und NABU
Güstrow	Mo., 6. Juni	- in Planung -
Hannover	Mi., 1. Juni	Tag der Milch, Ausstellung „Mensch Macht Milch“
Herzberg / Elster	Di., 7. Juni	Diskussion in Planung
Herzberg / Elster	Mi., 8. Juni	Kundgebung am Gentechnik Versuchsfeld der BASF für Kartoffeln
Jessen / Elster	Mi., 8. Juni	Fahrradtour von der geplanten Schweinemastanlage zum Marktplatz, Kundgebung und Menschenkette auf dem Marktplatz
Kassel	Sa., 4. Juni	- in Planung -
Kitzingen bei Würzburg	Mi., 1. Juni	Kundgebung mit BDM zum Tag der Milch, Gartenschau Kitzingen
Landolfshausen	So., 5. Juni	Bauernmarkt
Leipzig	Mo., 6. Juni	- in Planung -
Leppersdorf bei Wachau	So., 5. Juni	Soli-Aktion für die von Müllermilch verklagten BDM-Bauern
Lüchow-Dannenberg	Fr., 3. Juni	- in Planung -
Neumarkt i.d. Oberpfalz	Di., 31. Mai	Abendveranstaltung bei Neumarkter Lammsbräu – „Heimisches Eiweißfutter“
Nienburg (Saale)	Di., 7. Juni	- in Planung -
Rostock	Sa., 4. Juni	Auftakt - in Planung -
Schöningen	Mo., 6. Juni	Gentechnikveranstaltung
Uelzen	Do., 2. Juni	Molkereibesuch Uelzena
Ulm	So., 29. Mai	Abend-Veranstaltung auf dem Marktplatz mit Kulturprogramm
Üplingen / Aschersleben	Di., 7. Juni	Führung im Schaugarten Üplingen
Willigen - Usseln	Fr., 3. Juni	Milchmuseum der Upländer Bauernmolkerei; Veranstaltung
Weißenfels	Mo., 6. Juni	Protestessen auf dem Marktplatz mit dem Youth Food Movement
Wietze	Do., 2. Juni	Demonstration am geplanten Großschlachthof
Wolpertshausen bei Schwäbisch-Hall	Mo., 30. Mai	Rock for Nature-Konzert und Diskussion

Sternfahrt-Aktionäre gesucht!

Die Bauernsternfahrt braucht deine Unterstützung!

Wir machen uns aus Nord und Süd auf den Weg nach Berlin, um auch für eure Zukunft zu protestieren. Deswegen bitten wir euch neben eurer Teilnahme um finanzielle Unterstützung. Wir haben neben Kosten für Personal- und Transportmittel auch Kosten für ein Filmteam, die Anlage vor dem Kanzleramt, Verpflegung und vieles mehr. Trotz viel ehrenamtlichem Engagement kommen Kosten von insgesamt 35.000 € zusammen. Uns fehlen noch 10.000 € in der Finanzierung. Deswegen:

Werde Sternfahrt-Aktionär und kauf eine oder mehrere Sternfahrt-Aktien im Wert von je 50 €. Das trägt unseren Protest auch finanziell nach Berlin.

Richte deine Spende an das Konto:

Konto: 260 120 05

BLZ: 370 501 98

Institut: Sparkasse Köln-Bonn

Stichwort (wichtig!): Sternfahrt

Und dein Name fährt als Sternfahrt-Aktionär mit nach Berlin.

Wir danken euch jetzt schon recht herzlich.

Lea Unterholzner und Jan Wendel für die Junge AbL



BAUERN-STERNFABRT NACH BERLIN 29. Mai bis 9. Juni

JA ZU ARTENVIELFALT
BAUERNHÖFEN
FAIREN-MÄRKTEN



Guerilla Gardening

Freies Saatgut statt Fußball

Als Anlaß des weltweiten Via Campesina Tages am Sonntag den 17. April 2011 führte die junge AbL eine sogenannte Guerilla-Gardening Aktion mitten in Berlin auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof

durch: Gut gelaunt betrat die Gruppe am Sonntag Mittag mit Spaten auf der Schulter und vorgezogenen Maispflanzen im Arm das alte Rollfeld. Im bunten Wochenendtreiben der Berliner bei strahlendem Sonnenschein fielen die

bebackten jungen Leute zunächst nicht weiter auf. Als sie jedoch begannen, neben dem Weg ein Beet umzugraben und ein Banner der jungen AbL hochhielten, wurden Menschen in der Nähe aufmerksam. Völlig überrumpelt reagierte eine ältere Dame mit dem Kommentar „wir wollten hier doch Fußball spielen“.

Schnell machte die Gruppe durch klärende Gespräche und eine Informationstafel die dahinter stehende Absicht deutlich: Hier entstand ein symbolischer Maisacker auf kleinstem Raum, um auf die Diskussion zur eventuellen Einführung von Schwellenwerten für GVOs im Saatgut hinzuweisen. „Wir fordern die Beibehaltung der bisher gesetzlich geregelten Nulltoleranz – das ist für die Reinhaltung des Saatgutes absolut notwendig“, so Miriam Hack von der jungen AbL. Gerade im Saatgut würde eine Vermischung mit GVOs in hohem Maße zur Verbreitung dieser von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnten Technik beitragen. So entstand im Handumdrehen an anderer

Stelle ein weiteres kleines Maisfeld begleitet von interessierten Blicken Vorbeigehender und zustimmenden Kommentaren. Wann denn der Mais reif sei, fragte ein Spaziergänger nach. „Wenn Sie ab und zu ein wenig gießen helfen, dann im Herbst“, so die schlagfertige Antwort des jungen AbLers Phillip Brändle. cw



Die junge AbL pflanzt auf dem ehemaligen Flugfeld gentechnikfreien Mais und wirft Saatgutbomben
Foto: Möhrle

Rezept „Saatgut-Bomben“

- Lehm oder Bastelton
- Blumenerde
- Saatgut

Aus Lehm eine längliche Platte formen, Erde darauf verteilen und Saatgut mittig auf einer Linie ausstreuen. Dann die Platte an der Längsseite aufrollen. Kleine Stücke von der Rolle abtrennen und per Hand die Seiten zusammendrücken und eine Kugel formen. Die Kugel festkneten und in Erde wälzen – fertig! Einfach bei nächster Gelegenheit auf offene, bisher kahle Erdflächen neben Straßen, Baumscheiben und Häusern werfen.

Mir (Katharina Besier) wurde die Frage gestellt, warum ich die Sternfahrt mitorganisiere? Hierfür gibt es mehrere Gründe:

Ich möchte mich an der Aufklärungsarbeit beteiligen. Die Leute sollen erfahren, wie eine bäuerliche Landwirtschaft gestaltet werden muss, um überleben zu können. Sie sollen wissen, wo und wie sie an gute und gesunde Lebensmittel kommen.

Meiner Meinung nach fehlen die Kurzinformationen. Heutzutage muss man sich durch lange, teilweise lückenhafte, informationsverzerrte Texte lesen, um an Wissen bzw. Nichtwissen heranzukommen.

An der Sternfahrt finde ich gut, dass nicht nur wir Bauern und Bäuerinnen die Übermittler in Berlin sind, sondern auch die Bürger und Bürgerinnen. Auch sie sollen ihre Wünsche/Ideen/Kritiken über die zukünftige Landwirtschaft äußern.

Ich wünsche mir, dass ich einige Ideen von Bürgern/innen für mich selbst umsetzen kann.

Ich bin sehr gespannt, was die Sternfahrt alles mit sich bringt!

Liebe Grüße Katharina Besier



Die Fleischwirtschaft ist von Skandalen geschüttelt und trifft inzwischen auf ein tiefes Misstrauen in der Gesellschaft. In der ökologischen Lebensmittelwirtschaft müssen wir zeigen, dass wir anders arbeiten:

- Fairer Handel im Verbund mit unseren Biobauern
- Umwelt-, Natur- und Tierschutz von der Erzeugung bis zur Schlachtung und Verarbeitung
- Klarheit und Transparenz in der ökologischen Fleischverarbeitung

- Beste Qualität für sauberes Fleisch und echte Wurst

Auch wenn wir im täglichen Umgang miteinander die Verhältnisse im Kleinen ändern, müssen wir unsere Forderungen nach außen tragen, damit es zu politischen Veränderungen kommt. Mit der Sternfahrt wollen wir der Agrarindustrie und Fleischmafia die Stirn bieten.

Marcus Wever, Geschäftsleitung
Thönes Natur Fleischhandels-GmbH
Bollewick



Freies Saatgut für alle!

Saatgut-Aktionstage in Brüssel – Vielfalt statt Gentechnik

Am 17. April wurde in Brüssel die erste Europäische Saatguttauschbörse abgehalten: Über 30 Saatgutinitiativen aus zehn europäischen Ländern boten Saatgut von alten bäuerlichen Sorten zum Tausch an. Damit knüpfen sie an eine landwirtschaftliche Tradition an, die in der industrialisierten Landwirtschaft weitgehend in Vergessenheit geraten ist.

Anlass für die Saatguttauschbörse ist der weltweite Aktionstag der internationalen Kleinbauern-Bewegung La Via Campesina am 17. April. Da die Freiheit, Saatgut zu erzeugen, zu vermehren, zu tauschen und selbst zu züchten eine Grundlage für die Ernährungssouveränität ist, passt das Thema Saatgut in das Konzept dieses Tages. Denn diese Freiheiten sind nicht

selbstverständlich: Durch Sortenschutz (UPOV und ihre Umsetzung auf EU Ebene) und die Europäischen Saatgutverkehrsgesetze sind die Rechte auf Verwendung vieler alter und neuer Sorten stark eingeschränkt, obwohl die EU zugleich internationale Abkommen zum Erhalt der genetischen Ressourcen und der biologischen Vielfalt unterzeichnet hat.

In einem „Anti-Lobby-Spaziergang“ am 18. April wurde bunt und musikalisch sowie mit Theatereinlagen vor den Büros verschiedener Chemie- und Saatgutunternehmen sowie der Kommission demonstriert. Es wurde gefordert, dass die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern, die erhalten, züchten und vermehren, der kleinen Züchterinnen und Züchter sowie der Saatgutinitiativen nicht mehr in gesetzliche Grauzonen gedrängt, sondern gemäß ihres gesellschaftlichen Nutzens endlich anerkannt wird.

Vor dem Lobby-Büro von Bayer wurde drei Abgeordneten des EU-Parlaments, darunter Vizepräsidentin Isabelle Durant, eine Petition mit über 58.000 Unterschriften übergeben, die das Recht auf freien Nachbau, die Unterstützung regionaler Saatgutarbeit und ein Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft fordert. Wie wichtig gentechnikfreies Saatgut ist, wurde bildlich anhand des Beispiels Mangold demonstriert: Wenn in einem Zuckerrübenfeld durch Saatgutkontamination nur wenige Pflanzen gentechnisch verändert sind, kann durch Auskreuzungen die benachbarte Gemüsegärtnerin diese Transgene im Folgejahr in ihrem Mangoldsaatgut wiederfinden und müsste damit das mühsam erzeugte Saatgut vernichten.

Die EU ist dabei, die Saatgutverkehrsgesetze zu überarbeiten – wie die neuen Gesetze, die ca. 2015 in Kraft treten könnten, aussehen, ist unter anderem davon abhängig, wieviel gesellschaftlicher Druck jetzt aufgebaut werden kann, im Sinne von: Zukunft säen – Vielfalt ernten!

Alche Milla

Weitere Infos: www.saatgutkampagne.org



Die Befreiung des Saatguts findet auf den Feldern statt. Dafür gestritten wird auf der Straße. Foto: Potthof

Kokopelli vor dem EuGH

Französische Saatgutinitiative streitet für freien Handel

Kokopelli, französische Initiative zur Erhaltung und Verbreitung von Saatgut seltener Sorten, hat im Rahmen ihrer Gerichtsverhandlungen mit dem Saatgutändler Baumaux eine Anfrage an den Europäischen Gerichtshof stellen lassen, ob die derzeitigen EU-Saatgutverkehrsgesetze hinsichtlich der internationalen Verpflichtungen zur biologischen Vielfalt und dem Grundrecht auf freie wirtschaftliche Betätigung verhältnismässig seien. Baumaux hatte geklagt, dass Kokopelli Sorten vertreibt, die nicht im offiziellen Sortenkatalog registriert sind. Zur Unterstützung der Anfrage an den EuGH sammelt Kokopellis Anwältin Blanche Margarinos Rey Erfahrungsberichte von Saatgutvermarktern aus anderen EU-Ländern, die belegen, dass die EU-Saatgutverkehrsgesetze die Erhaltung der genetischen Ressourcen und den freien Warenverkehr behindern.

Antje Kölling

contact @ avocat-magarinos-rey.com



Kokopelli: ein Fruchtbarkeitsgott, dessen Flötenspiel den Winter vertreibt und den Frühling begrüßt. Foto: Jakoo

EU Konsultation Saatgutverkehrsgesetze

Die EU Kommission arbeitet an einer Folgenabschätzung verschiedener Optionen zur Änderung der Saatgutverkehrsgesetze. Bis zum 30. Mai lädt sie Interessierte ein, zu den vorgeschlagenen Szenarien Kommentare abzugeben (Dokumente sind nur in Englisch verfügbar: http://ec.europa.eu/food/plant/propagation/evaluation/index_en.htm). Die Kommission wird voraussichtlich 2012 einen Gesetzesvorschlag für ein neues Saatgutverkehrsgesetz machen, das dann von EU Parlament und Rat diskutiert wird. ak

Verbraucherschützer für Klonverbot

Nach den geplatzen Verhandlungen zur Kennzeichnung von Lebensmitteln von geklonten Tieren und ihren Nachkommen sieht der Vorsitzende des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, Gerd Billen, Deutschlands Politik und Wirtschaft gefordert, die Produkte aus den Regalen des Lebensmittelhandels fernzuhalten. „Niemand zwingt eine Handelskette, Klon-Fleisch aufzunehmen“, betonte er. Billen kritisiert das „Einknicken von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner und der Bundeskanzlerin Angela Merkel“ bei den EU-Verhandlungen und spricht von einem „Sündenfall gegen den mündigen Verbraucher“. Es sei Aufgabe der Kanzlerin, mit den Handelsunternehmen und Herstellern zu sprechen und, solange es keine EU-Regelung gibt, ein Klonverbot durchzusetzen. Aus der Zurückhaltung der Lebensmittelketten gegenüber Gentechnik-Produkten leitet Billen ab, „dass der Handel im Zweifel eher den Interessen der Verbraucher folgt“. Zudem lehnten auch die Bauern den Einsatz von Klontechnik ab. Es bestehe ein breites Bündnis von der Landwirtschaft über die Lebensmittelindustrie bis zum Verbraucher. *ch*

Zahl gentechnikfreier Eier wächst

Greenpeace veröffentlichte kurz vor Ostern ein Supermarkt-Ranking für Eier von Hühnern, die kein gentechnisch verändertes Futter bekamen. Von 15 deutschen Supermarkt-Ketten sind tegut und Kaufland Vorreiter beim Verkauf von konventionellen Eiern mit gentechnikfreier Fütterung. Kaufland stellt bis Mai, tegut bis Juni das gesamte Eier-Sortiment um. Supermärkte wie Rewe, Penny, Aldi, Kaiser's, Tengelmann, Edeka, Real und Norma dagegen führen 20 bis 30 Prozent Eier aus gentechnikfreier Fütterung. Rewe und Netto kündigten an, ihr Angebot an gentechnikfrei erzeugten Eiern bis Ende 2011 deutlich auszuweiten: Rewe um mehr als 70 Prozent und Netto bis zu 100 Prozent. Lidl und Globus machten keine Angaben. Folgt man dem Verband Lebensmittel ohne Gentechnik, so haben Landwirte und Eierhändler bereits für über 20 Prozent aller Legehennen die Nutzungslizenz für das Gentechnikfrei-Siegel erhalten, darunter Gutshof-Ei, Wiesengold und Landkost-Ei. Damit ist die Eier-Branche der Wirtschaftsbereich, der die Kennzeichnung am häufigsten einsetzt. *ch*

BASF übernimmt GVO-Kartoffel

Der Chemiekonzern BASF will eine weitere gentechnisch veränderte Stärkekartoffel in Verkehr bringen. Neben der Amflora hat BASF jetzt die GVO Kartoffel „Modena“ von dem niederländischen Kartoffelstärkeproduzenten Avebe übernommen. Laut den Unternehmen laufe das Genehmigungsverfahren zur Nutzung der Pflanze für industrielle Zwecke in Europa bereits seit 2009. Die Kartoffel solle nur die Stärkeart Amylopektin zur industriellen Nutzung bilden. Laut Berichten wollen beide Firmen zudem eine Gen-Kartoffel entwickeln, die widerstandsfähig gegen Kraut- und Knollenfäule ist. *mh*

Kurzes am Rande

Schadensersatzsumme wächst

Bayer wegen Liberty Link-Reis zur Zahlung von 136 Mio. \$ verurteilt

Im Jahr 2006 kam eine gentechnische Verunreinigung von Lebensmitteln mit für Europa bisher unübertroffenem Ausmaß ans Licht: Jede fünfte untersuchte Langkornreisprobe aus den USA war mit Liberty Link 601 (LL 601), einem nirgendwo auf der Welt als Nahrungsmittel zugelassenen Gentechnik-Reis, verunreinigt. Mit Liberty Link verunreinigter Reis wurde damals in 19 EU-Staaten, in Afrika und Asien gefunden.

Bis 2001 hatten der Bayer Crop Science-Vorgänger Aventis und die Louisiana State University Freisetzungversuche mit Liberty Link durchgeführt. Fünf Jahre später entdeckte ein Reis-Händler die Kontamination. Als Folge sanken die US-Reis-Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 663.000 t. Im weiteren Verlauf wurden in 60 Prozent der US-Reisernte Verunreinigungen mit LL 601 gefunden. Noch immer verzichten bekannte deutsche Reismühlen wie Euryza, Rickmers Reismühle und Müllers Mühle nach eigenen Angaben auf US-Langkornreis. Bis heute konnten die Umstände, unter denen es zu der Verunreinigung kam, nicht vollständig geklärt werden.

Vergleiche angestrebt

Nach einem jahrelangen Rechtsstreit wurde Bayer Mitte März 2011 durch ein Gericht im Bundesstaat Arkansas verurteilt, einen Schadensersatz in Höhe von 136 Mio. US-Dollar an Riceland Foods zu zahlen. Dem genossenschaftlich organisierten US-Verarbeiter ist nach eigenen Angaben durch den Wegfall

des EU-Exportmarkts ein Schaden von 380 Mio. US-Dollar entstanden.

Die Schadensersatzsumme umfasst einen Strafschadensersatz von 125 Mio. US-Dollar, der bei besonders rücksichtslosem Verhalten verhängt werden kann.

Dies ist laut einem Artikel von *Arkansas Business* die höchste Summe in der Geschichte des Bundesstaates. Nach Bayer Crop Science ist dies im vorliegenden Fall völlig ungerechtfertigt. Bayer habe zu jedem Zeitpunkt verantwortlich gehandelt. 2006 bezeichnete das Unternehmen den Vorfall als einen „act of god“, hervorgerufen durch höhere Gewalt. Bayer prüft nun seine rechtlichen Optionen. Der

Konzern strebt nach eigener Aussage Einigungen auf der Basis von Vergleichen an und hat dafür 2010 um 526 Mio. Euro (767,1 Mio. US-Dollar) zurückgestellt. Der Gesamtschaden, unter anderem für Bauern, Reismühlen und Handel wurde 2007 in einer von dem Ökonomen Dr. Neal Blue erstellten Kalkulation auf bis zu 1,3 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Weitere Klagen anhängig

Neben Riceland Foods klagt noch eine zweite amerikanische Reismühle. Zuvor waren die Verarbeiter ihrerseits von einem deutschen und einem britischen Reishändler verklagt worden. Von Seiten der Bauern gab es verschiedene Sammelklagen, die 2007 zu einem Verfahren zusammengefasst wurden. Seit Dezember 2009 ist Bayer in den USA in sieben Prozessen zu Strafzahlungen von mehr als 188,95 Mio. US-Dollar verurteilt worden. Um die 6.000 weiteren Klagen von Bauern waren laut *St. Louis Business Journal* mit Stand vom Oktober 2010 noch anhängig. Einer der Anwälte auf Seiten der Bauern, Don Downing, sagte gegenüber dem *St. Louis Business Journal*: „Dieser Fall ist wegen seiner extrem hohen Klägerzahl und langen Dauer ungewöhnlich.“

Im Oktober 2010 stimmte das Unternehmen zum ersten Mal einem Vergleich mit drei texanischen Bauern zu. Für ihre relativ kleinen Höfe hatten sie 430.000 US-Dollar Schadensersatz plus Strafschadensersatzzahlungen gefordert und werden nun mit 290.000 US-Dollar entschädigt.

Die Reisproduzenten erlitten nicht nur Verluste wegen geringerer Preise und entgangenen Erlösen. Kosten verursachten auch Testvorschriften, die Reinigung der Böden, Maschinen und Lagerräume, die längere Lagerung auf dem Hof und die geringere Saatgutverfügbarkeit 2007. In Arkansas beliefen sich allein die Test- und Säuberungskosten im Jahr 2007 für einen durchschnittlich großen Betrieb von etwa 160 ha auf bis zu 640 US-Dollar.

Auch die gesamte nachgelagerte Produktions- und Transportkette musste gereinigt und getestet werden. Für den Handel entstanden vor allem Kosten für Tests und Rückrufaktionen. Die EU-Importeure mussten laufend testen und dokumentieren, dass ihre Reislieferungen keine Spuren von LL 601 enthielten. Dazu verpflichtete eine EU-Vorschrift, nachdem die in den USA vorgenommenen Tests versagt hatten und das dortige Landwirtschaftsministerium die Übernahme von EU-Teststandards verweigert hatte. Im Juni 2010 wurde die Test-Pflicht für EU-Importeure zurückgenommen. Die Märkte sind inzwischen jedoch von anderen reiseexportierenden Ländern besetzt. *ch*



Foto: Coordination gegen Bayer-Gefahren

Klon-Nachkommen schon auf dem Markt

EU-Regelung für importierte Klontiere, Nachkommen und Zuchtmaterial geplatzt

Fleisch und Milch von geklonten Tieren und deren Nachkommen müssen auch in Zukunft nicht gekennzeichnet werden. Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat konnten sich Ende März nicht auf eine gemeinsame Regelung einigen. Gescheitert sind die Verhandlungen, weil der Rat eine umfassende Kennzeichnung der Nachkommen geklonter Tiere ausschließen wollte. Was wie ein nebensächliches Detail klingt, ist der verbraucherrechtliche zentrale Aspekt. Denn: Für den Verbraucher relevant sind, wenn überhaupt, nur Produkte der Nachkommen geklonter Tiere. Die Klone selbst sind als im Labor erzeugte Tiere zu teuer für die Milch- und Fleisch-Produktion. Laut Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) liegen die Kosten für einen Klon bei 20.000 Euro. Klontiere werden daher vorerst nur als Zuchttiere verwendet, um die Eigenschaften wertvoller Zuchttiere zu vervielfältigen. Dr. Jan Hendrik Schneider vom Referat Tier und Technik des BMELV schätzt, dass in Deutschland kein Handel mit Klon-Zuchttieren besteht. Er geht davon aus, dass die Technik derzeit nur in der Forschung angewandt wird. Für das Klonen ist gemäß Tierschutzgesetz eine Genehmigung erforderlich.

Bedeutung des Klonens

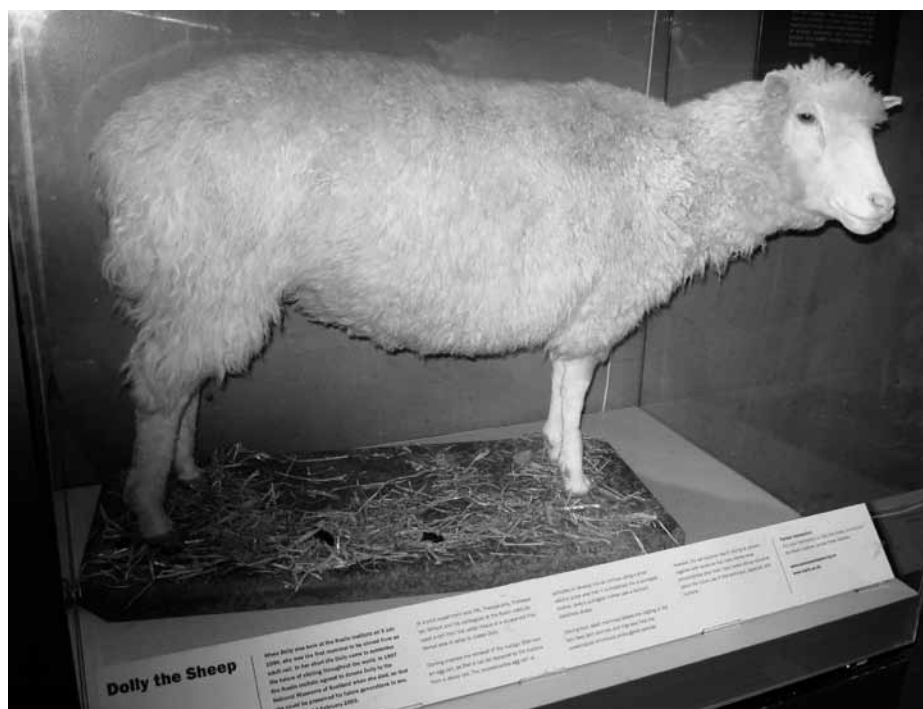
Derzeit gibt es keine einheitlichen Angaben über die Zahl der geklonten Tiere. 2008 wurden nach Schätzungen in der Europäischen Union etwa 120 geklonte Rinder gehalten. In den USA gehen die Behörden für den gleichen Zeitraum von 600 Klon-Nutztieren aus. Laut dem Tierzucht-Dachverband NAAB, der in den USA 95 Prozent aller Milchkuh-Sperma-Verkäufe tätigt, gibt es unter den Verbandsmitgliedern weniger als sechs geklonte Milchvieh-Zuchtbullen. Das Klonen von Nutztieren wird auch in Japan, Neuseeland, Brasilien, Argentinien und China praktiziert. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) schätzte die weltweite Zahl der Klon-Rinder 2008 auf etwas weniger als 4.000 und die der Klon-Schweine auf weniger als 500. Nachdem in Großbritannien bereits 2007 Klon-Nachkommen aus importierten Rinderembryonen geboren wurden, ist es wahrscheinlich, dass auch in Deutschland bereits Nachkommen geklonter Tiere existieren. 2010 wurden nach Daten von Eurostat 460.000 Rindersperma-Einheiten von Deutschland importiert. Das sind ungefähr sechs Prozent des Gesamtbedarfs der Bundesrepublik. Obwohl keine Zahlen vorliegen, ist wahrscheinlich, dass ein geringer Anteil von Klon-Sperma importiert wird. Doch Kontrollen sind unmöglich, weil die USA für den Export keine Kennzeichnungspflicht

haben. „Wegen dem großen Verbreitungspotential durch Zuchtmaterial muss die Kennzeichnung von Klon-Sperma und geklonten Embryonen beim nächsten Regelungsversuch erste Priorität haben“, fordert Christoph Then von Testbiotech.

Risiken für Tier und Mensch

Nachdem der EU-Rat die vom EU-Parlament geplante und für Verbraucher wichtige umfassende Kennzeichnungspflicht nicht mittragen wollte, wird frühestens in zwei Jahren mit einer Regelung gerechnet. Die Rückverfolgbarkeit von Nachkommen geklonter Tiere ist bis dahin ausgeschlossen. Unterdessen geht die öffentliche Debatte um Klontiere weiter. Viele Verbraucher lehnen das Klonen aus gesundheitlichen und Tierschutzgründen ab. Schon 2008 sprachen sich bei einer Eurobarome-

genetischen Vielfalt ein Problem in der Nutztierzucht. Der Einsatz von geklonten Tieren dürfte diese Problematik noch verstärken. Dazu der emeritierte Professor für regionale Agrarpolitik der Universität Kassel/Witzenhausen, Onno Poppinga: „Schon mit den derzeitigen Zuchtverfahren durch künstliche Besamung, Embryotransfer und der an rechnerischen Zuchtwerten orientierten Zucht haben wir bei Holstein-Frisien aus Deutschland, Kanada oder den USA einen extrem hohen Inzuchtgrad.“ Bei einer weiteren Verbreitung von patentierten Klonen droht Bauern zudem mehr Abhängigkeit von wenigen Agrarkonzernen: Für die in der Klonzucht engagierten Unternehmen eröffnet die neue Technik eine weitreichende Kontrolle. Über Patentrechte steigen die Kontrollmöglichkeiten für das genetische Material wie Spermia, Embryonen und die Tiere. *ch*



Das Schaf Dolly: Der erste und wohl auch bekannteste Klon. Hatte verfrühte Alterserscheinungen und verstaubt jetzt ausgestopft im Museum. Foto: wikipedia commons

ter-Umfrage 83 Prozent der Befragten für eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel aus Klon-Nachkommen aus. Die EFSA äußert sich kritisch zu Tierschutzaspekten: „Das Wohlergehen sowohl der Leihmuttertiere als auch eines großen Anteils der Klone wird von den beobachteten Gesundheitsrisiken beeinträchtigt.“ Bei Klon-Rindern wurden Symptome wie eine erhöhte Sterblichkeit bis zum sechsten Lebensmonat, Riesenwuchs bei Föten und Störungen des Immunsystems beobachtet. „Das Klon-schaf Dolly zeigte verfrühte Alterserscheinungen und musste wegen einer chronischen Lungeninfektion eingeschläfert werden. Trotz vieler unspezifischer Symptome stellt die EFSA die Lebensmittelsicherheit nicht infrage. Bisher liegen nur wenige Studien mit geringer Datengrundlage vor. Schon jetzt ist die Einengung der

Klontiere sind genetisch identische Lebewesen, können sich im Erscheinungsbild aber vom Ausgangstier unterscheiden. Die heute meist verwendete Methode des somatischen Kerntransfers (SCNT), brachte 1996 das britische Klon-Schaf Dolly hervor. Bei dem Verfahren wird dem zu klonenden adulten Tier eine Körperzelle entnommen. Der Zellkern wird in eine unbefruchtete Eizelle gegeben, deren Zellkern zuvor entfernt wurde. Durch chemische Beigaben und elektrische Impulse wird die neue Zelle angeregt, sich wie eine befruchtete Eizelle zu teilen. Der so entstandene Embryo wird einer Leihmutter eingesetzt. Nur etwa sieben Prozent der Rinder-Klone überlebt die ersten 150 Tage.

Krank durch Gentechnik

Neuer Krankheitserreger bei gentechnisch veränderten Pflanzen entdeckt. Der amerikanische Wissenschaftler Don Huber warnt vor einem neuen Krankheitserreger bei Mais- und Sojapflanzen, die für den Anbau mit Roundup gentechnisch verändert wurden und der auch für Tiere und Menschen gefährlich sein könnte. Der Professor an der Purdue Universität in West Lafayette warnt vor katastrophalen Folgen für die amerikanische Landwirtschaft. Der Organismus wurde in hohen Konzentrationen in Roundup Ready Sojabohnenmehl und Mais, Destillationsrückständen, fermentierten Futtermitteln, dem Inhalt von Schweinemägen und in der Plazenta von Schweinen und Rindern gefunden, so Don Huber in einem Brief an die amerikanische Aufsichtsbehörde. Labortests hätten die Anwesenheit dieses Organismus in einer Vielzahl von Nutztieren bestätigt, die unter spontanen Abgängen und Unfruchtbarkeit litten. Vorläufige Ergebnisse von noch laufenden Versuchen könnten solche Abgänge in klinischen Tests reproduzieren. Der Wissenschaftler schließt nicht aus, dass das Pathogen der Grund für die zunehmende Häufigkeit von Unfruchtbarkeit und spontanen Abgängen während der vergangenen Jahre in den USA bei Rindvieh, Milchvieh, Schweinen und Pferden ist. *mh*

Lang lebe die Kuh

Bei Familie Vollmers aus Nordrhein-Westfalen stehen Kinder und Kühe im Mittelpunkt

Es gibt sie. Kühe die bis ins stattliche Alter von 12 Jahren gemolken werden. Die hauptsächlich Heu und frisches Gras fressen und trotzdem 7.000 Liter Milch im Jahr geben. Bei gerade mal 1,5 Kilogramm Kraftfutter pro Tag. Auf dem Hof der Familie Vollmer im nordrhein-westfälischen Rheda-Wiedenbrück leben 24 Holstein-Frisien, die genau das tun.

Besucher des Betriebs werden von Hofhund Paula mit freudigem Schwanzwedeln begrüßt. Der gepflasterte Hofplatz wird umrahmt von dem roten Wohnhaus aus Klinkerstein, zwei Scheunen und dem Rinderstall. Auf der angrenzenden Wiese steht eine Hollywoodschaukel unter einer großen alten Eiche. Ein alter Autoreifen baumelt da-

so wenig Kühe scheint der Stall viel zu groß.

Für Altbauer Hermann Vollmer ist das selbstverständlich. Er will Sonne, Weide und Platz für seine Kühe. Gemeinsam mit seiner Frau Christel hat er 1988 den Hof auf ökologische Bewirtschaftung umgestellt. Schon mit 18 hat er ihn von seinen Eltern übernommen. Dem 60-Jährigen sieht man sein Alter nicht an. Hermann Vollmer lacht viel wenn er über seine Kühe spricht und die Idee, die dahinter steckt. „Ein landwirtschaftlicher Betrieb muss ein Kreislauf sein“, ist er überzeugt. Daher soll möglichst wenig zugekauft werden und möglichst viel im Betrieb bleiben. „Den Großteil des Futters bauen wir selbst an“, erzählt Sohn Bernd, der die Über-

Versuchstechniker bei der Landwirtschaftskammer. „Für zwei Familien wird es sonst zu knapp“, erzählt Bernd Vollmer. Er und seine Frau Monika wollen irgendwann den Hof übernehmen. Dann wollen sie nur noch von der Landwirtschaft leben. Damit es für alle reicht, haben sie auch schon Pläne geschmiedet. „Wir wollen den Hofladen erweitern, mehr Hühner und Schweine halten und den Gemüsebau intensivieren“, erzählt Bernd Vollmer.

Kinder und Kühe

Für ihre Kinder scheint der Hof ein Paradies. Drei an der Zahl sind es. Zwei Jungs und ein fast dreijähriges Mädchen, das allerdings auch ein Junge sein könnte. Kurze blonde

auch wichtig. Er und sein Sohn Bernd legen großen Wert darauf, viel Zeit für die Kühe und ihre Beobachtung zu verwenden. Aus Überzeugung und langer Erfahrung setzt der Altbauer auf Homöopathie bei der Behandlung seiner Tiere. „Unsere Kühe sind selten krank“, erzählt Sohn Vollmer. Auch der Jungbauer lacht viel. Überhaupt gewinnt man den Eindruck, die Fröhlichkeit der siebenköpfigen Familie hat sich auf ihren Hof übertragen.

Beim gemeinsamen Mittagessen erzählen die jungen Vollmers, dass sie beide die Fachschule für ökologische Landwirtschaft in Kleve besucht haben. Und wie sie sich kennen gelernt haben. „Damals bin ich im Kino eingeschlafen“, erinnert sich Monika Vollmer. Sie lacht.

Nicht zum Lachen

Doch natürlich gibt es bei Vollmers auch ernste Themen. Der Milchpreis zum Beispiel. „Die Molkerei Söbbeke zahlt zur Zeit zu wenig“, sagt Hermann. Die Vollmers sind Mitglied in der Bio-Milcherzeugergemeinschaft Nord, die an Söbbeke liefert und letztes Jahr gekündigt hat mit der Bedingung, nur dann weiterhin zu liefern, wenn die Molkerei mehr zahlt. „Eigentlich bräuchten wir 70 Cent pro Liter Milch in der Vollkostenrechnung“, sagt Bernd. „Das ist natürlich utopisch, das wissen wir auch. Aber 50 Cent müssen drin sein!“ Die Milchviehhaltung der Vollmers lohnt nur gemeinsam mit den anderen Betriebszweigen des Hofes. Der Kuhmist für die Felder. Die Feldernte für die Kühe. Und die Milch, das Fleisch und die Ackerfrüchte zum Verkauf. „Zusammen rechnet sich das. Wenn der Milchpreis bei 50 Cent liegt“, so der Altbauer Herman. Er wirkt etwas enttäuscht, als er über die Molkereileitung erzählt, die ihm damals, als sie den Vertrag abgeschlossen haben, einen guten Milchpreis versprochen hatte. Damals, 1989 gehörten sie noch zu den größeren ökologisch geführten Betrieben, die an Söbbeke geliefert haben, erzählt Hermann. „Jetzt gehören wir wahrscheinlich zu den Kleinsten“, lacht er. Das stört die Familie Vollmers jedoch überhaupt nicht. Schön dass es das noch gibt. *mb*



Familie Vollmer und die zwölfjährige Lieblingskuh Lexi. v.l.: Altbauer Hermann Vollmer, Sohn Bernd Vollmer mit Kindern Gregor und Svea, Monika Vollmer mit Sohn Konrad und Altbäuerin Christel Vollmer Foto: Herzog

ran. Ein perfekter Kinderspielfeld mit Brettern, Schubkarren, einem Rollwagen, roten Plastikrohren und kleinen Strohhallen. Dass hier Kinder leben, ist nicht zu übersehen. Durch die größte Scheune gegenüber dem Wohnhaus gelangt man zum hellen, halboffenen Kuhstall. Die Weide- und ein Teil der Ackerfläche liegen direkt hinter den Gebäuden. Die Kühe dösen wiederkäuend auf der bestrohten Liegefläche. Für

zeugung seines Vaters, den Betrieb so naturnah wie möglich zu bewirtschaften, teilt. Ein Hektar Mais, rund fünf Hektar Klee gras, 18 Hektar Grünland und zwölf Hektar Ackerland. Darauf bauen Vollmers Feldfrüchte wie Kartoffeln und Zwiebeln an. Zusammen mit dem eigenen Fleisch und Brot aus selbstangebautem Getreide verkaufen sie es in ihrem kleinen Hofladen. Der Sohn arbeitet nebenbei als ökologischer

Haare, forscher Schritt und ein paar Schrammen an den Armen. Gregor, der Kleinste, stapft mit seinen 13 Monaten sorglos mitten hinein in die Kühe, als diese auf die Weide getrieben werden. Die Familie bleibt gelassen. Und tatsächlich, die Kühe halten respektvoll Abstand zu dem Winzling. „Die kennen einander“, sagt Opa Vollmer. Das ist dem Landwirt

„Verbraucher lernen Landwirtschaft verstehen“

Mathias von Mirbach (52) ist einer von drei Leitern des Demeterbetriebs Kattendorfer Hof unweit von Hamburg. Mit 150 Hektar, 50 Kühen, einigen Schweinen, Gemüseanbau können zwölf weitere Mitarbeiter beschäftigt werden. Das Geheimnis liegt in der Vermarktung. Etwa ein Drittel der auf dem Hof erzeugten Ware wird derzeit über Wirtschaftsgemeinschaften verkauft, also Verbraucher erwerben Anteile am Hof, können mitbestimmen und werden gegen einen festen monatlichen Beitrag vom Hof versorgt.

Unabhängige Bauernstimme: Was reizt Sie an der Landwirtschaft?

Mathias von Mirbach: Es ist nah dran am Leben.

Ihre Kunden leben hauptsächlich in Hamburg und sind mit dem Kattendorfer Hof verbunden. Ändert sich deren Sicht auf die Landwirtschaft?

Dadurch, dass die Verbraucher sowohl den Hof kennen, als auch die Menschen, die hier arbeiten, kommt ein Prozessverstehen in Gang.

Was für ein Prozessverstehen?

Um ein Beispiel zu nennen: Im Winter stehen die Kühe trocken, dann fallen eben bestimmte Produkte aus dem Sortiment. Dafür haben wir im Sommer mehr Milch, wenn die Tiere auf der Weide sind. Dann ist auch die Qualität der Milch besser. Die Verbraucher lernen Jahreszeiten verstehen. Wir versuchen deutlich zu machen, was es



braucht, um Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen. Es ist mir ein Anliegen, dass Menschen was von Landwirtschaft verstehen.

Was ist in einem Dialog mit Bürgern denn wichtig?

Den Menschen muss klar werden, dass die Landwirtschaft Kosten verursacht und dass diese Kosten bezahlt werden müssen. Und wenn, um Kosten zu sparen, Einheiten immer größer werden, immer weniger Menschen immer mehr Tieren gegenüberstehen, dann bleibt die Qualität auf der Strecke. Zu begreifen, wo die Verantwortung liegt, das würde ich mir wünschen.

Vielen Dank

bet

Leserbrief: zum Artikel: „Für umweltfreundliches Biogas in Bauernhand“ bs 11/04

Umweltfreundliches Biogas oder landwirtschaftsverarmendes Agro-Gas:

Welcher Blick stimmt?

Der Bericht über die Frühjahrstagung der AbL in Syke weist eine bedenkliche Schlagseite auf – läuft er doch darauf hinaus, die fortschreitende Verarmung der Landschaften schön zu reden. Das beginnt beim Begriff „Biogas“. Soweit es sich nicht um die Verwendung von sowieso vorhandenen Neben- und Abfallprodukten handelt, sondern um gezielten Energiepflanzenanbau mit der Bereitstellung der erforderlichen Flächen, Dünge- und Pestizid-Management, Saat-, Ernte- und Transport-Logistik, sollten wir trefender über die Erzeugung von „Agro-Gas“ sprechen. Mit „Bio“ hat diese Energie-Bereitstellung so viel zu tun wie der großtechnologische, industrielle Pflanzenbau. Vergleichbar ist die beschönigende Begriffswahl „Bio-Ethanol“ statt „Agro-Ethanol“. „Bio-...“ klingt einfach besser, ohne dass es einen Einfluss auf die angewendeten Verfahren hat.

Über die benötigten großen Einheiten tragen die Agro-Gas-Anlagen faktisch zum beschleunigten Strukturwandel gegen die bäuerliche Landwirtschaft bei. Das ist in Dörfern mit entsprechenden Anlagen direkt zu sehen. Zudem ist die Gefahr noch nicht gebannt, dass die Energie-Bereitstellung über nachwachsende Rohstoffe mit dem Argument der nonfood-Erzeugung ein Einfallstor für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen werden kann. In der Folge erhalten wir schon jetzt Mais-Monokulturen und Bodenverdichtungen und verlieren Humus und Artenvielfalt. Die Werbung aus den Bundes-Agrar-Instituten für Alternativen zum Energiemaisanbau (Forschungs-Report 1/2010) mag gut gemeint sein – die landläufige Praxis setzt aus Rentabilitätsgründen auf Mais! Wenn der Landesvorstand ein Positionspapier zu – hoffentlich! – „Agro-Gas“ erarbeitet, greift er – ebenso hoffentlich! – auf umfassende, fundierte und transparente Daten über Aufwand-Nutzen-Gegenüberstellungen auf stofflicher und monetärer Ebene eingeschlossen der von SteuerzahlerInnen finanzierten Subventionen (bis hin zur Dieselbeihilfe!) und vollständige klima-relevante Kohlenstoff-Bilanzen (mit Anlagen-, Maschinen-, Mineräldünger- und Pestizid-Herstellung!) für die uns zur Verfügung stehenden Verfahren zur Bereitstellung von Energie zurück! Ich wünsche mir, dass diese Positionsbildung offen in der *Bauernstimme* dargestellt wird.

Heiner Schrobsdorff, Braunschweig



Grüße an Ciolos

Anlässlich des Besuches von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos Anfang April in Schwerin begrüßten die in der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ vertretenen deutschen Bauern-, Umwelt- und Entwicklungsverbände den Willen der EU zu einer Reform für eine umweltfreundlichere Verteilung der Agrarsubventionen. Nachdrücklich wiesen sie darauf hin, dass es zukünftig darum gehe, die Subventionen aus öffentlichen Geldern künftig nicht mehr pauschal je Hektar, sondern gezielt an Leistungen der Landwirtschaft für öffentliche Güter zu koppeln. Kommissar Ciolos habe die volle Unterstützung der deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), wenn er den bisherigen Reformwillen auch tatsächlich in tiefgreifende Reformvorschläge münden lasse, so die Delegierten. (v.L. Reinhild Benning, Stik Tanzmann, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Felix Prinz zu Löwenstein, Georg Jansen)

Foto: Thomsen



Meine-Landwirtschaft.de

Fukushima-Folgen für Japans Bauern

Die Landwirtschaft in Japan ist eingezwängt zwischen Meer und Gebirge und jetzt auch noch von Radioaktivität bedroht

Die von der Atomkatastrophe betroffenen Landwirte, die Haus und Hof verloren haben und deren Flächen dauerhaft belastet sind, haben vom Atomkonzern Tepco eine bessere Informationspolitik und rasche Entschädigungen gefordert. Durch Tsunami und radioaktive Belastung sind nach unterschiedlichen Schätzungen etwa 8 bis 20 Prozent der japanischen Agrarproduktion betroffen. Die Nordinsel Honshu, in der Fukushima liegt, ist eine der wichtigen Agrarregionen des Landes. In Japan werden wegen der gebirgigen Zerklüftung und der Baulandversiegelung nur 13 Prozent des fruchtbaren Vulkanbodens landwirtschaftlich genutzt, zu 76 Prozent von Zu- und Nebenerwerbsbetrieben. Trotz intensivster Produktionstechnik auf den durchschnittlich nur 1,8 Hektar großen Betrieben, hoher Subventionen und Importschutz versorgt sich Japan mit seinen 130 Millionen Einwohnern nur zu 40 Prozent mit Lebensmitteln und will diesen Anteil auf 50 Prozent steigern. Japan hat bei Weizen einen Selbstversorgungsgrad von 14 Prozent, bei Bohnen von 9 Prozent, bei Gemüse von 82, bei Obst von 41, bei Zucker von 33, bei Fleisch von 56 und bei Fisch von 62. Lediglich bei Reis, der 70 Prozent der Anbaufläche einnimmt, besteht Selbstversorgung. Flächen- und einkommensmäßig relevant ist auch die stadtnahe Gemüse-

produktion. Trotz der Laktose-Unverträglichkeit vieler Japaner spielt auch die Milcherzeugung für 30.000 Bauern mit 1,1 Millionen Kühen eine wichtige Rolle. Der Rindfleischkonsum steigt infolge der liberalisierten Einfuhren aus den USA an. Auch in anderen Bereichen fürchten die japanischen Bauern die zunehmenden Liberalisierungsforderungen der Welthandelskonferenz WTO.

Das Interesse des weltweiten Agrobusiness besteht denn auch vor allem in der Nut-

zung möglicher Exportmöglichkeiten infolge der Schäden in der japanischen Landwirtschaft. Eine Studie der Rabobank fällt dazu eher ernüchtert aus: Japan werde nur begrenzte zusätzliche Mengen an Futtermais und Sojabohnen importieren (2 bzw. 1,4 Prozent der Welterzeugung). Auch die Zusatzimporte bei anderen Produkten sind der Rabobank zufolge – in Relation zu den auf den Weltmärkten gehandelten Mengen – nicht sehr groß. *en*



Der Reisanbau in Japan ist weitgehend technisiert.

Foto: Katorisi

Landgrabber

Der amerikanische Landmaschinenkonzern AGCO (Fendt, Massey Ferguson, Valtra, Challenger, Fella, Laverda) denkt laut *WELT* nicht nur an die Übernahme weiterer Unternehmen, sondern auch an Investitionen in Agrarflächen. AGCO-Chef Richenhagen sieht dies als „Anlageklasse mit Zukunft“ – und spekuliert dabei wie andere „Landgrabber“ auf Welt ernährungsprobleme und knapper werdende Nahrungsmittel. Gegen den Versuch der Übernahme der 16 insolventen Crafar-Farmen durch die chinesische National Dairy Holding wehrt sich in Neuseeland eine Initiative mit dem Namen „Rettet die Farmen“. Sie fordert von der Regierung einen Stop des Verkaufs von Land und Betrieben an ausländische Firmen. *pm*

Kampf gegen eine fossile Regelung

Wenn Bauern Rente bekommen wollen, müssen sie ihren Hof abgeben

Die Initiative für die Abschaffung der Hofabgabeklausel erhält immer mehr Zuspruch. Die im Kreis Herford gegründete Initiative zur Abschaffung der Hofabgabeklausel im landwirtschaftlichen Rentenrecht erhält mittlerweile bundesweite Unterstützung von betroffenen Bauern. Neben vielen eingereichten Petitionen sind in der Zwischenzeit auch Klagen gegen die Hofabgabeklausel bei Gericht anhängig. Falls eine Klärung vor deutschen Gerichten nicht möglich ist, wollen sie den Europäischen Gerichtshof anrufen.

Die Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte wurde 1957 eingeführt, um die Hofübergabe an die eigenen Kinder frühzeitig zu sichern und den technischen Wandel zu beschleunigen. Es bekam nur der Bauer die Altersrente, der seinen Hof abgegeben oder verpachtet hatte. Die heute betroffenen Bauern fühlen sich in ihren freiheitlichen Grundrechten eingeschränkt und fordern, wie bei allen anderen Berufsgruppen selbstverständlich, mit Erreichen des Rentenalters auch die Zahlung der Rente. Der Bauern-

verband und die Regierungsparteien lehnen die Abschaffung der Hofabgabeklausel grundsätzlich ab.

Eine von der Bundestagsfraktion der Grünen eingebrachte Gesetzesinitiative zur Abschaffung der Hofabgabeklausel fand keine Mehrheit im Bundestag. Wenn man die Vor- und Nachteile der Hofabgabeklausel miteinander vergleicht, stellt man fest, die Vorteile beschränken sich auf einige wenige vom DBV propagierte Punkte: In den 1960er Jahren war es die Verweigerung moderner Technik und später folgte als Argumentation der Strukturwandel. Wenn wir die vielen Argumente, die gegen die Hofabgabe sprechen, einzeln begründet aufzählen wollten, dürften einige zehn Seiten kaum ausreichen, um alle Fakten hinreichend zu betrachten, da viele der betroffenen Familien individuell von der Hofabgabeklausel benachteiligt werden. Von der Diskriminierung der Frauen, einer Enteignung gleich kommenden Verweigerung der Altersrente bis hin zur Altersarmut, in der die Menschen mit weniger Geld als ein Hartz IV Empfänger ihr Über-

leben oder besser gesagt ihre ständige Verzweiflung sichern müssen. Die ethisch moralische Vernichtung von Lebenswerken, das, was Menschen in mühevoller Arbeit mit Hingabe über Jahrzehnte geschaffen haben, wird einfach vernichtet, wird zur Ruine. Problematisch ist auch die Beihilfe-regelung für Öko-Betriebe. Wenn sie keinen Nachfolger haben, der den Betrieb ökologisch weiter bewirtschaftet, können sie ab dem 61ten Lebensjahr keine Beihilfen mehr beantragen, da sie die notwendigen Vertragsjahre nicht einhalten können, und müssen darauf verzichten. Strukturwandel findet in allen Wirtschafts-bereichen auch ohne politische Einflussnahme statt. Die Frage ist nur, wer profitiert wirklich von der Hofabgabeklausel? Der DBV und seine Landesverbände? Die erhalten alleine von der Alterskasse für beratende Tätigkeiten jährlich über 2 Millionen Euro. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der DBV die Abschaffung der Hofabgabeklausel boykottiert.

Reinhard Koch
Landwirt aus Minden-Lübbecke

Landfrauen vor und während der NS-Zeit

Seit den Anfängen 1898 bis heute hat sich die Landfrauenbewegung über mehrere politische Perioden hinweg zu einem der größten Frauenverbände entwickelt. Die vorliegende Dissertation beschreibt diese Geschichte am Beispiel von 20 Pionierinnen der ländlich orientierten weiblichen Führungselite seit der preußischen Gutsfrau Elisabet Boem, denen es um die Verbesserung der weiblichen Lebensbedingungen auf dem Lande, auf Qualifizierung und auf die Anerkennung der Arbeit der Landfrauen als Beruf ging. Die Landfrauen ließen sich inspirieren von der bürgerlichen Frauenbewegung, richteten ihre Strategie aber auch an einflussreichen agrarpolitischen Gremien, Körperschaften und Männerbünden aus, die ebenso wie die politischen Herrschenden die Landfrauenbewegung für ihre Ziele benutzten. Dies galt auch für die NS-Zeit, in der die Landfrauenbewegung zwar vereinsrechtlich aufgelöst wurde, in der aber praxis- und organisationserfahrene Frauen als Funktionärselite in Ministerien und im Reichsnährstand mit seiner Blut- und Boden-Ideologie zentrale Funktionen einnahmen. Diese bis heute unbewältigte und zu

wenig aufgearbeitete Rolle der Landfrauen im Nationalsozialismus von der Reichsbis auf die Dorfebene macht den zentralen Teil dieses Buches aus. *en*

Anke Sawahn, *Die Frauenlobby vom Land, Die Landfrauenbewegung in Deutschland und ihre Funktionärinnen von 1898 bis 1948*, DLG-Verlag, Frankfurt a.M., 2009, 688 Seiten; 34,90 Euro



Foto: Bundesarchiv

Kurzes am Rande

Bewertung von Geruchsmissionen

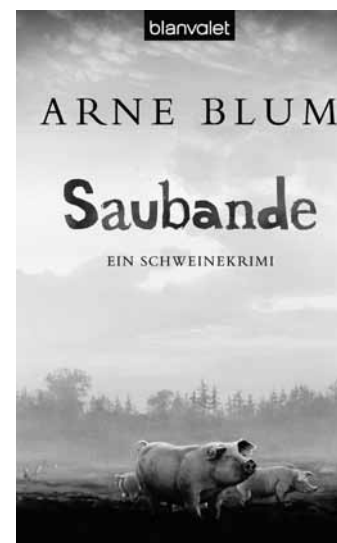
Bei der Genehmigung von großen Stallanlagen und beim Widerstand gegen Agrarfabriken spielt die Bewertung von Gerüchen und deren Einfluss auf die Lebensqualität der Anwohner sowie auf die Genehmigung anderer Ställe eine große Rolle. In ihrer Dissertation befasst sich Katharina Mohr grundlegend und generell mit der Wahrnehmung, Messung und Bewertung von Gerüchen im ganzen Immissionschutzrecht und entwickelt Alternativen und Vorschläge zur Verbesserung der Rechtslage. *en*

Katharina Mohr, *Die Bewertung von Geruch im Immissionschutzrecht, Band 167 der Schriften zum Umweltrecht*, 420 Seiten, Duncker & Humblot, Berlin, 2010, 98 Euro.

Die Sau Kim auf Mördersuche

Das kluge Charakterschwein Kim nimmt die Ermittlungen auf, als ihr Halter mit einem Messer im Rücken vor ihr im Stall zusammenbricht und vor seinem Tode nur noch das Wort „Klee“ hauchen kann. Zusammen mit dem verwegenen und verliebten Wildschwein-Eber Lunke und dem zirkuserfahrenen Schwein Dr. Pik folgt Kim ihrem Riecher und wühlt dabei einen menschlichen Bodensatz aus Habgier, Erpressung und Mord auf. Spannung, Sprachwitz und Love-Story-Elemente machen diesen Schweine-Krimi für Jung und Alt empfehlenswert. *en*

Arne Blum, *Saubande, Ein Schweinekrimi*, Blanvalet-Taschenbuch, München, 368 Seiten; 8,99 Euro.



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2011 2010 2009 2008 2007 2006 2005
22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zugl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Linda & Konsorten

Was würde uns eine Kartoffel über ihr Dasein und das Zusammenleben mit den Menschen erzählen, wenn sie reden könnte? Volker Nökel, Chefcolorist und Mit-Zeichner der „Werner Comics“ hat sich als „Professor von dem Nökel“ auf den Weg gemacht und die Welt der Kartoffel erforscht. Dabei hat er Erstaunliches zu Tage gefördert. Er erforschte die Entwicklung der Kartoffel von der Entstehung des Universums bis in die Neuzeit und musste feststellen, die Kartoffel ist uns ähnlicher, als wir für möglich halten. Die satirisch augenzwinkernde Geschichte der Kartoffel wird untermalt mit wunderbar colorierten Zeichnungen, in denen viele witzige Details stecken. Im zweiten Teil des Comics begegnen dem Leser VIPs (very important potatoes) und im letzten Teil begleiten wir die Kartoffeln durch ihren Alltag. Die mit Sprachwitz umgesetzten Bilder zu „Setzkartoffeln“ oder „Kartoffelferien“ zeigen hintergründigen Humor, denn wussten Sie z.B., dass die Ernte manchmal so mager ausfällt, weil die Maulwürfe als Fluchthelfer für Kartoffeln unterwegs sind? Auch Pikantes wird nicht ausgelassen, denn wo würde in unserer Welt wohl ein Nachtschattengewächs arbeiten? Der Humor ist an manchen Stellen nordisch derb, manchmal dicht am Kalauer, die zeichnerische Umsetzung liebevoll und professionell bis ins Detail. Volker Nökels erster „landwirtschaftlicher“ Comic hatte Hilde das Huhn zum Inhalt, der Kampf um die Kartoffelsorte Linda brachte ihn auf das Thema Kartoffeln. Für ihn ist sie die „tolle Knolle“, ihr hat er mit diesem Buch ein Denkmal gesetzt.

Vera Thiel

Linda und Konsorten; erdacht, gezeichnet und betextet von Volker Nökel, ISBN 978-3-930 413-42-3; 14,90 Euro, 96 Seiten farbig, zu beziehen über den ABL-Verlag

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste.

Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für B5 Juni 2011 ist am 17. Mai 2011.

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Hunde- und Katzensnahrung vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422, www.reico-buxtehude.de

Sonstiges

● Für den erfolgreichen Landwirt – alles aus einer Hand: Boden-/Pflanzenhilfsstoffe mit sich ergänzenden Mikroorganismen. Für Landw., Wein/Gartenbau, Einfache Anwendung – Gute Ergebnisse. Auch für Tierhaltung u. Gülle. Schmidt Agrar GbR, Talhof, 65614 Beselich, ☎ 06484 8908-95, Fax: -28, info@schmidt-agrar.eu, www.schmidt-agrar.eu

Jenseits des Wachstums?!

Ökologische Gerechtigkeit.
Soziale Rechte.
Gutes Leben.



Die aktuellen Krisen zeigen in aller Deutlichkeit die Grenzen des Wachstums. Können andere Formen sozialen oder nachhaltigen Wachstums ein Ausweg sein? Eine Auseinandersetzung mit neuen Konzepten des Wirtschaftens und eine Diskussion über Alternativen zur Wachstumsgesellschaft sind dringend nötig. Beim Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ werden wir kontrovers diskutieren: Wir wollen Interessenkonflikte benennen, aber auch Wege für ein gutes Leben für alle in einer Gesellschaft ohne Wachstumszwang ausloten und dazu Strategien skizzieren.



Kongress // 20.-22. Mai '11 // TU Berlin
in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Otto-Brenner-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

www.jenseits-des-wachstums.de

Nutztierhaltung in der Zukunft

03. bis 04. Mai 2011, München
Wie lassen sich die Ziele des Tiereschutzes mit denen des Klima- und Umweltschutzes in Einklang bringen? Zu befürchten ist, dass aus (vermeintlichen) Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes ausgerechnet besonders tierfreundliche und ökologisch sinnvolle Haltungssysteme zurückgedrängt, Tier- und Umweltschutz gegeneinander ausgespielt werden. So soll es vorrangig um die Frage gehen, wie Tierhaltungssysteme beschaffen sein müssen, um relevante Emissionen zu reduzieren. Darüber hinaus soll aber auch diskutiert werden, wie die Landwirtschaft und insbesondere die Tierhaltung unter quantitativen wie qualitativen Aspekten in Zukunft zu gestalten ist, damit – unter Berücksichtigung hoher Tierschutzstandards – klimawirksame Emissionen reduziert und damit eine Schonung von Klima und Umwelt erreicht werden kann.

Internationale Gesellschaft für Nutztierhaltung. Anmeldung bis 26. April: Manuel Schneider, ☎ 089/767589-55, Fax: -56, info@make-sense.org

„Unser tägliches Brot“

11. Mai 2011, Verden

Das Kommunalkino Verden zeigt in Zusammenarbeit mit der ABL und den BIs gegen Massentierhaltung im Lkr. Verden den Film „Unser tägliches Brot“ mit anschließender Diskussion. 20.15 Uhr im Cine City, Zollstraße 1, Verden, Infos: ☎ 04233-669, Eintritt 5 Euro

Bienen halten in der Schwarmzeit

11. bis 13. Mai 2011, Rosenfeld
Kurs in Zusammenarbeit mit der Vereinigung für wesensgemäße Bienenhaltung Mellifera. Der Referent Norbert Poeplau ist für die Betreuung von ca. 130 Bienenvöl-

Veranstaltungen

kern der Lehr- und Versuchsimkeri Fischermühle verantwortlich. Der Schwarmtrieb bildet die Grundlage von Vermehrung und Zucht, auf künstliche Königinnenzucht und Ablegerbildung kann verzichtet werden. Auf großen Naturwaben entwickelt sich das Brutnest als geschlossene Einheit. Die Brutwaben werden als mobiler Naturwabenbau ohne Mittelwände gebaut. Jedes Volk hat soviel Drohnenbrut und Drohnen, wie es seinem Bedürfnis entspricht.

Anmeldung: Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, info@lhvhs.de

Internationale Dorfkonzert 2011

13. u. 14. Mai 2011, Berlin

Konferenz der Vereinigung der Dorfbewegungen Europas ERCA mit Erfahrungsaustausch zu praktischer Dorfentwicklung und zur Rolle von Dorfbewegungen in 23 europäischen Ländern. Podiumsdiskussion mit Abgeordneten der Bundestagsfraktionen

Kontakt: Stefan Linke, ☎ 030 44310-156; Anmeldung bis 15. April: Dorfkonzert@rosalux.de, Fax: 030 44310-182 (an Dorfkonzert, z. Hd. Frau Hüneburg)

Im Dialog mit der Natur

13. bis 15. Mai 2011, Petersberg

Den Frühling erleben in der Kunst des japanischen Blumensteckens.

Katholische Landvolkshochschule Petersberg, ☎ . 08138 9313-23; Fax: -22, www.der-petersberg.de

Boden, Acker, Erde

15. Mai bis 30. Oktober 2011, Wülmersen

Ausstellung im LandMuseum Wülmersen. Boden, Acker, Erde werden als unverzichtbare Lebensgrundlage heute kaum noch wahrgenommen. Im LandMuseum Wülmersen öffnen Erdfelder die Sinne, agrartechnische Gerätschaften machen die Grundlagen der Bodenbearbeitung und der Nutzung, z.B. beim Erdäpfelanbau, deutlich. Der Blick auf Bodenlebewesen, das Sammeln von Pilzen, das Anlegen von Komposthaufen gehören zur Schatztruhe Erde. Ein Veranstaltungsprogramm mit Mitmach-Aktionen, Vorträgen und Wanderungen begleitet die Ausstellung.

Öffnungszeiten: Di-Fr 10-18, Sa 14-17, So 11-18 Uhr, www.wasserschloss-wuelmersen.de/menu/museum/, ☎ 05675-7210348

Landentwicklung 2020 in Mecklenburg-Vorpommern ASG-Frühjahrstagung

18. bis 20. Mai 2011, Stralsund
„Landentwicklung 2020 – Herausforderungen für Landwirtschaft und ländliche Räume“ lautet das Thema der Tagung der Agrarsozialen Gesellschaft. Der Ende Januar 2011 vorgelegte Strategiebericht zum demografischen Wandel ist Anlass nachzufragen, wie die Landesregierung die Perspektiven für Landwirt-

schaft und ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern sieht, wie Zukunft und Lebensqualität gesichert werden sollen und welche Problemlösungen einzelne Regionen des Landes haben. Im Vordergrund sollen konkrete Anpassungsstrategien stehen, die eingeleitet worden sind. Mit Exkursionen. Referenten der Vortragstagung am Freitag: Staatssekretär Karl Otto Kreer vom Schweriner Agrarressort; Unterabteil.leiter Ralf Wolkenhauer vom BMELV; Dennis Gutgesell, stellv. Landrat im Landkreis Uecker-Randow; Gertrud Sahler, Leiterin der Abt. Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung im BMU; der Ökolandwirt und Angehörige des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE), Heinrich Graf von Bassewitz, sowie Volker Bruns, Geschäftsführer der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern. Bereits am Abend des 19. Mai wird Landwirtschaftsminister Till Backhaus die Perspektiven von Landwirtschaft und ländlichen Räumen in seinem Bundesland beleuchten.

Infos und Anmeldung: Agrarsoziale Gesellschaft, ☎ 0551 49709-0, Fax: -16, info@asg-goe.de, www.asg-goe.de.

Stadtwerke stärken Erneuerbare Energien für Städte und Regionen

21. und 22. Juni 2011, Darmstadt

Eine dezentrale Energieerzeugung aus regenerativen Quellen eröffnet Kommunen und ihren Stadtwerken neue Perspektiven. Diese Konferenz soll zeigen, wie Stadtwerke ihre Potenziale als Schlüsselakteure einer umweltfreundlichen und verbrauchernahen Energieversorgung nutzen können und welche Möglichkeiten sich für sie aus der Vielzahl von Geschäftsmodellen ergeben. U.a. folgende Themen: Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke: Schadet diese politische Entscheidung dem Wettbewerb? Wie werden Stromerzeugung intelligente? Wie kann Erneuerbare Energie gespeichert werden? Wie können Kommunen die Daseinsvorsorge selbst in die Hand nehmen? Tipps zur Gründung von Stadtwerken.

EUROSOLAR e.V., ☎ 0228 36-2373, Fax: -1279, stadtwerke@eurosolar.de, www.eurosolar.org

ABL Regionalgruppe Franken Bauer sucht Verbraucher für gemeinsame Zukunft

08. bis 10. Juli 2011, Kitzingen
Aktionstage bäuerliche Landwirtschaft auf der Gartenschau in Kitzingen mit Melken am Gummieuter unserer „Faironika“, Lebensmittelquiz, Information und Diskussion rund um bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft. Fr, 8.7. von 14 bis 17 Uhr, Sa. und So. jeweils 11 bis 14 Uhr. Veranstalter: ABL Regionalgruppe Franken, BDM, Die Faire Milch

LEBENDIGE ERDE

Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur

Die Wiederentdeckung des Gärtnerns

- Urbane Landwirtschaft?
- Gärtnern als Unternehmenskultur
- Lebenskräfte inspirieren
- Ernährung – mehr als Mittel zum Zweck

Das Heft für 7,50 € erscheint 6 mal/Jahr; Abo 43,- €/Jahr, Studenten 33,- €/Jahr, Kostenloses Probeheft: Verlag Lebendige Erde im Demeter e.V., Brandschneise 1, D-64295 Darmstadt, Tel. 06155 8469-0, Fax 06155 8469-11, www.LebendigeErde.de





BAUERN - STERNAFART
NACH BERLIN 29. Mai bis 9. Juni
JA ZU ARTENVIELFALT
BAUERNHÖFEN
FAIREN - MÄRKTE

WWW.BAUERNSTERNAFART.DE
EINE AKTION VON WWW.MEINE-LANDWIRTSCHAFT.DE

Wir haben es satt !
Bauern-Sternfahrt zum Kanzleramt
„Auf dem Weg in eine bäuerliche Zukunft“
29. Mai bis 9. Juni 2011

Eine Aktion der Jungen AbL und des BDM Niedersachsen im Rahmen der Kampagne „Meine Landwirtschaft – unsere Wahl“

Bäuerinnen und Bauern aus Süddeutschland, Ostfriesland und Hessen setzen sich mit ihren Traktoren in Bewegung, um für eine bäuerliche, faire, tiergerechte und ökologische Landwirtschaftspolitik vors Kanzleramt in Berlin zu ziehen.

Unterwegs finden Vorträge, öffentliche Veranstaltungen und viele Treffen mit PolitikerInnen, Verbrauchern, Bäuerinnen und Bauern statt. Jeder ist recht herzlich eingeladen mitzukommen „auf den Weg in eine bäuerliche Zukunft“.

Alle Informationen unter: www.bauernsternfahrt.de

**Kontakt: Bauern-Sternfahrt: Wir haben es satt!, c/o INKOTA-netzwerk e.V.,
Tel: 030 4208202-59, Fax: -10, Email: info@bauernsternfahrt.de
detaillierte Tourdaten: www.meine-landwirtschaft.de/sternfahrt/route.html**



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039
Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax: 08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250;
Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel: hanna.besier@gmx.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckhardt Niemann, Tel: 01511-1201634; mail: eckhardt.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Schöner Scheitern

Von all dem, was ich angepackt habe, ist manches gelungen, anderes nicht. Ich habe schon im ersten Versuch ein Buch geschrieben, das sogar veröffentlicht wurde, aber ich schaffe es nicht, kostendeckend Biomilch zu erzeugen, obwohl ich seit dreizehn Jahren daran arbeite.

Es gelang mir, gegen die Wehen der Kuh Covergirl das Kalb aus dem Geburtskanal in die Gebärmutter zurückzuschieben, um dort die Fehllhaltung des Kälberfußes zu korrigieren und also eine gesunde Geburt erst zu ermöglichen, aber ich ertrug es nicht, im Auftrage meiner Tochter mit einer kranken Babykatze stundenlang im Wartezimmer der Kleintiersprechstunde des Tierarztes auszuharren und mir die Krankheitsgeschichten Dutzender Schoßkätzchen und -hündchen anzuhören. Ich wünschte mir, das muss ich zugeben, nichts weiter als eine stabile Plattschüssel, um dem Elend gleich reihenweise ein Ende zu bereiten. Ich brachte es selbst der dümmsten Starke bei, in den Kraftfutterautomaten zu gehen, um sich Futter zu holen, obwohl sie den IQ eines vergammelten Steaks hatte, aber bei der Erziehung meiner Eltern und meines Lehrlings bin ich gescheitert, auf ganzer Linie. Schön gescheitert, grandios gescheitert. Aber gescheitert. Meine Eltern. Alter Bauer, alte Bäuerin. Beklagen sich gern darüber, wie schlecht Agrarprodukte bezahlt werden. Getreide. Schlachtkühe. Milch. Wir armen Bauern kriegen ja nix dafür. Und fahren dann zum nächsten Drecksdiscounter und hauen sich den Einkaufswagen voll mit dem billigsten Kram. Die Vorstellung, dass meine Mutter beim Aldi am Kühlregal eine andere Bauersfrau trifft, und die beiden beklagen sich über den Verfall des Milchpreises, während sie sich Molkeprodukte in den Gitterwagen packen, ist leider nicht an den Haaren herbei gezogen, sondern nur allzu real. Dass da irgendein Zusammenhang besteht, wird einfach geleugnet. Darauf angesprochen, meinten Vadder und Mudder im Chor: „Was würde das denn ändern, wenn wir alte Leute woanders einkaufen würden? Das würde ja gar keiner merken!“ Und ich hielt ihnen eine Rede über Wertschätzung von Lebensmitteln und ver-

antwortlichem Einkaufen und dass der Erfolg der Discounter nicht auf Partnerschaft, sondern auf Ausbeutung beruht und dass die Albrechts dieses Landes von der Armut, die sie erst erzeugen, profitieren und stinkreich werden dabei, und wie perfide und böse das alles ist und dass gerade wir Bauern anders einkaufen müssen, wenn gerade wir uns immer darüber beschwerten, dass die Leute nur nach dem Preis einkaufen und nach nichts anderem, der Grill aus Edelstahl für tausend Euro und das Stück Fleisch dadrauf für 50 Pfennig, ich sagte tatsächlich „Pfennig“, ich redete mich richtig in Rage, aber wie pubertäre Gören hörten die Alten schon lange nicht mehr zu, und mir wurde klar, dass



meine Mudder bis ans Ende ihrer Tage beim Discounter einkaufen wird, weil das einfach ihr Ding ist. Ganz egal, was ich sage. Sie soll sich bloß niemals mehr über schlechte Preise beschwerten. Denn das nervt. Und der Lehrling? Als Biobauer wünscht man sich ja, dass auch die Mitarbeiter zumindest ansatzweise ein Bewusstsein für gesunde Ernährung entwickeln, aber beim Lehrling schien das nicht zu klappen. Er kam nie hin mit seinem Geld; er holte sich in jedem Monat einen Vor-

schuss auf seinen Lohn, um dann nicht etwa im Supermarkt, sondern an der Tanke seine Verpflegung einzukaufen: Kindermilchschnitten und Red Bull, eine Art Getränk, das schmeckt wie der Urin hyperaktiver Eichhörnchen, bis zur Sättigung versetzt mit Zucker. Das erste, was man sah, wenn man auf den Hof fuhr, waren umherwehende Kindermilchschnittenfolien (Mit „Dem Besten aus der Milch!“ – wenn es nicht so traurig wäre, könnte man eigentlich wunderbar darüber lachen!) und plattgefahrene Red-Bull-Gebinde; denn der Lehrling liebte es, die Pfanddosen nicht etwa zurückzugeben, sondern mittels des Treckers einzustampfen. Das macht keinen guten Eindruck, und auf einem Biohof schon gar nicht! Zu allem Überfluss glaubte der Lehrling offensichtlich dem Werbeslogan des Getränkeherstellers, das Gebraue verleihe Flügel. Er versuchte, mit dem Fendt und der Wiesenwalze dahinter extrem schnell Richtung Koppel zu fahren. Es ging ihm darum, abzuheben. Er schaffte es nicht. Stattdessen fielen in ganzen Straßenzügen in den Häusern der Anwohner die Sektkelche aus den Schränken. Innerhalb weniger Minuten erhielt ich sieben Anrufe von empörten Anrainern. Da war der Lehrling aber schon über alle Berge. Inzwischen hat er ausgelernt, und ich schlage mich mit einem weiteren Azubi herum, für den der Dönermann eigens einen Spezialdöner entwickelt hat: „Einmal extra große Döner mit extra viel Fleisch ohne Salat dafür extra Fleisch ohne Soße dafür extra viel Fleisch als Hülle um Fleisch herum“. Ab und zu kommt der alte Lehrling noch mal, um zu helfen. Neulich, beim Güllefahren, hielt er an und fragte mich, ob ich ihm ein Schwarzbrot mit Wurst und eines mit Käse machen könne. „Hast keine Milchschnitten mehr?“, fragte ich ihn. „Da komm ich nicht mehr gegenan!“, antwortete er und grinste. Ich grinste auch. Vielleicht ist doch nicht alles umsonst. In Wahrheit ist natürlich nichts umsonst. Aber vielleicht ist auch nicht alles vergebens. *Matthias Stührwoldt*

unabhängige Bauernstimme: gibt Kraft zum Diskutieren!

05/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221